

# SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach  
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Bergheinfeld/West  
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:

**TRANSNET BW**

Ersteller:

**AR/BE**  
SuedLink

ARGE Arcadis | Bernard GbR  
c/o Arcadis Germany GmbH  
Europaplatz 3  
64293 Darmstadt  
Deutschland

DokumentenzahlNr.: SLPS-AGA-004083

## Planfeststellung

**Planfeststellungsabschnitt C2  
von km 0+000 bis 65+984**

**Unterlagen nach § 21 NABEG**

**DECKBLATT I**

**Teil K04  
Naturschutzrechtliche  
Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen**

00	14.12.2023	Unterlage nach § 21 NABEG	GoeKar	WefHen	PatSem
01	06.12.2024	DECKBLATT I	MedCar	WefHen	PloTob
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Tabellenverzeichnis.....	5
Abbildungsverzeichnis.....	6
Abkürzungsverzeichnis.....	7
1 Einleitung .....	8
1.1 SuedLink .....	8
1.2 Einordnung der Unterlage .....	8
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	8
2 Artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen .....	9
2.1 Rechtliche Grundlagen.....	9
2.2 Verbotstatbestände .....	9
2.2.1 Konfliktbeschreibung .....	9
2.2.2 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen .....	10
2.2.3 Fazit .....	10
3 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen von Erklärungen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft gemäß §§ 23-29 BNatSchG .....	11
3.1 Rechtliche Grundlagen.....	11
3.2 Landschaftsschutzgebiete .....	11
3.2.1 Landschaftsschutzgebiet 2636024 „Werratal zwischen Blickershausen und Wendershausen“ .....	12
3.2.1.1 Konfliktbeschreibung .....	13
3.2.1.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	15
3.2.1.3 Fazit .....	16
3.2.2 Landschaftsschutzgebiet 2636002 „Auenverbund Werra“ .....	16
3.2.2.1 Konfliktbeschreibung .....	17
3.2.2.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	18
3.2.2.3 Fazit .....	19
3.2.3 Landschaftsschutzgebiet 2636031 „Werratal zwischen Oberrieden und Wendershausen und Ludwigstein mit Hintergelände“ .....	20
3.2.3.1 Konfliktbeschreibung .....	20
3.2.3.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	21
3.2.3.3 Fazit .....	22
3.2.4 Landschaftsschutzgebiet 17020081 „Obereichsfeld“ .....	22
3.2.4.1 Konfliktbeschreibung .....	23
3.2.4.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	24
3.2.4.3 Fazit .....	25

3.3	Nationale Naturmonumente.....	25
3.3.1	Grünes Band Thüringen .....	25
3.3.1.1	Konfliktbeschreibung .....	28
3.3.1.2	Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	28
3.3.1.3	Fazit .....	28
3.3.2	Grünes Band Hessen .....	28
3.3.2.1	Konfliktbeschreibung .....	35
3.3.2.2	Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	42
3.3.2.3	Fazit .....	42
3.4	Naturparke .....	42
3.4.1	Naturpark „Eichsfeld-Hainich-Werratal“ .....	42
3.4.1.1	Konfliktbeschreibung .....	43
3.4.1.2	Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	43
3.4.1.3	Fazit .....	44
4	Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope .....	45
4.1	Rechtliche Grundlagen.....	45
4.2	Geschütztes Biotop (Ufer- und Sumpfbüschel auf feuchten bis nassen Standorten) - 02.310 .....	45
4.2.1	Konfliktbeschreibung .....	45
4.2.2	Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	46
4.2.3	Fazit .....	46
4.3	Geschütztes Biotop (Streuobstbestand mäßig intensiv bewirtschaftet) - 03.111 .....	46
4.3.1	Konfliktbeschreibung .....	46
4.3.2	Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	46
4.3.3	Fazit .....	47
4.4	Geschütztes Biotop (Streuobstbestand extensiv bewirtschaftet) - 03.130.....	47
4.4.1	Konfliktbeschreibung .....	47
4.4.2	Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	47
4.4.3	Fazit .....	47
4.5	Geschütztes Biotop (Schilf- und Bachröhrichte) – 05.410.....	47
4.5.1	Konfliktbeschreibung .....	47
4.5.2	Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	48
4.5.3	Fazit .....	48
4.6	Geschütztes Biotop (Feucht- und Nasswiesen) – 06.113 .....	48
4.6.1	Konfliktbeschreibung .....	48
4.6.2	Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	48
4.6.3	Fazit .....	49

4.7	Geschütztes Biotop (Flutrasen) – 06.115 .....	49
4.7.1	Konfliktbeschreibung .....	49
4.7.2	Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	49
4.7.3	Fazit .....	49
4.8	Geschütztes Biotop (Extensiv genutzte Flachland-Mähwiesen) – 06.310 .....	49
4.8.1	Konfliktbeschreibung .....	49
4.8.2	Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	50
4.8.3	Fazit .....	50
4.9	Geschütztes Biotop (Magerrasen basenreicher Standorte) – 06.420.....	50
4.9.1	Konfliktbeschreibung .....	50
4.9.2	Darlegung der Gründe für eine Ausnahme .....	50
4.9.3	Fazit .....	50
4.10	Zusammenfassung.....	51
5	Ausnahmegenehmigungen vom Verbot des § 61 Abs. 1 BNatSchG .....	55
5.1	Rechtliche Grundlagen.....	55
5.2	Bundeswasserstraße Werra .....	55
5.2.1	Konfliktbeschreibung .....	55
5.2.2	Darlegung der Ausnahmevoraussetzung .....	55
5.2.3	Fazit .....	55
6	Literatur- und Quellenverzeichnis .....	54 56

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Zusammenfassung der erforderlichen Ausnahmen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope .....	51
------------	---	----

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Legende zur kartografischen Darstellung der LSG .....	12
Abbildung 2:	Lage der Trasse Werratal zwischen Bickershausen und Wendershausen bei Bau-km 9+300 im Landschaftsschutzgebiet 2636024 „ (gelb umrandet) - Querung Niederstammlantage .....	14
Abbildung 3:	Lage der Trasse bei Bau-km 10+100 im Landschaftsschutzgebiet 2636024 „Werratal zwischen Bickershausen und Wendershausen“ (gelb umrandet) - Einleitstellen .....	15
Abbildung 4:	Lage der Trasse bei Bau-km 15+800 im Landschaftsschutzgebiet 2636002 „Auenverbund Werra“ (gelb umrandet).....	18
Abbildung 5:	Lage der Trasse zwischen Bau-km 12+500 und 15+600 im Landschaftsschutzgebiet „Werratal zwischen Oberrieden und Wendershausen und Ludwigstein mit Hintergelände“ (gelb umrandet) .....	21
Abbildung 6	Lage der Trasse zwischen Bau-km 16+800 und 22+000 im Landschaftsschutzgebiet „Obereichsfeld“ (gelb umrandet) .....	24
Abbildung 7:	Lage der Trasse bei Bau-km 16+800 im „Grünen Band Hessen“ (gelb schraffiert) - Einleitstellen.....	36
Abbildung 8:	Lage der Trasse bei Bau-km 17+700 im Grünen Band Hessen (gelb schraffiert) - Linkbox, Bauzustand.....	37
Abbildung 9:	Lage der Trasse bei Bau-km 20+300 – 21+000 im Grünen Band Hessen (gelb schraffiert) - Linkbox, Bauzustand.....	38
Abbildung 10:	Lage der Trasse bei Bau-km 21+800 – 22+500 im Grünen Band Hessen (gelb schraffiert) - geschlossene Querung im Bauzustand.....	39
Abbildung 11:	Lage der Trasse bei Bau-km 56+150 – 57+000 Betroffenheit Einzelgehölz im Grünen Band Hessen (gelb schraffiert) .....	41

## Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BKompV	Bundeskompensationsverordnung
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
FFH-RL	Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie
HeNatG	Hessisches Naturschutzgesetz
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
<a href="#">HWG</a>	<a href="#">Hessisches Wassergesetz</a>
LSG	Landschaftsschutzgebiet
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
PCI	Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse
PFA	Planfeststellungsabschnitt
ThürNatG	Thüringer Naturschutzgesetz
VSch-RL	Vogelschutzrichtlinie
<a href="#">WaStrG</a>	<a href="#">Bundeswasserstraßengesetz</a>

## 1 Einleitung

### 1.1 SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, dass als Erdkabelverbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergrheinfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPlG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtlich verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen gem. § 21 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt (PFA) C2. Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff im Teil A01 der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

### 1.2 Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument „Teil K4 – Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen“ ist Bestandteil der Unterlagen für die Einreichung des Plans und der Unterlagen gem. § 21 NABEG für SuedLink im PFA C2

### 1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokuments „Teil K04 – Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen“ ist die Beschreibung der Voraussetzungen, auf deren Grundlage naturschutzrechtliche Ausnahmen oder Befreiungen für SuedLink im PFA C2 zugelassen werden können.

Die in diesem Zusammenhang erforderlichen Zulassungsentscheidung ergehen nicht gesondert, sondern werden von der Planfeststellung einkonzentriert.



## 2 Artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen

### 2.1 Rechtliche Grundlagen

Die in § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) formulierten Zugriffsverbote

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten, während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören

sind unter Maßgabe des § 44 Abs. 5 BNatSchG zu beachten (vgl. Unterlage Teil H Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag). Sie gelten bei nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffsvorhaben für in Anhang IV der FFH-RL aufgeführte Arten und europäische Vogelarten (in Europa natürlich vorkommende Vogelarten im Sinne des Artikels 1 der VSch-RL) oder solcher Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr.2 BNatSchG aufgeführt sind. (Im Laufe des Verfahrens auf Anwendung prüfen).

Gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG können im Einzelfall (u. a.) aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art (§ 45 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG) Ausnahmen von den Verboten des § 44 BNatSchG zugelassen werden.

Eine Ausnahme darf gemäß § 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG jedoch nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG weiter gehende Anforderungen enthält.

### 2.2 Verbotstatbestände

Gemäß der in Teil H „Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag“ durchgeführten Prüfung auf Verbotstatbestände kann unter Berücksichtigung der dort aufgeführten Vermeidungs- und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen im PFA C2 das Eintreten von Verbotstatbeständen ausgeschlossen werden. Es werden somit durch das Vorhaben SuedLink keine Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG verletzt.

#### 2.2.1 Konfliktbeschreibung

Kapitel für den gegenständlichen PFA C2 nicht relevant.

**2.2.2 Darlegung der Ausnahmenvoraussetzungen**

Da die artenschutzrechtliche Prüfung für den PFA C2 (vgl. Teil H, Kapitel 6) ergeben hat, dass durch SuedLink unter Berücksichtigung geeigneter Maßnahmen keine Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten, entfällt das Erfordernis der Prüfung des Vorliegens von Ausnahmenvoraussetzungen.

**2.2.3 Fazit**

Kapitel für den gegenständlichen PFA C2 nicht relevant.

### **3      Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen von Erklärungen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft gemäß §§ 23-29 BNatSchG**

#### **3.1      Rechtliche Grundlagen**

Gemäß § 22 BNatSchG erfolgt die Unterschutzstellung von Teilen von Natur und Landschaft (§§ 23 - 29 BNatSchG) durch Erklärung. Die Erklärung bestimmt den Schutzgegenstand, den Schutzzweck, die zur Erreichung des Schutzzwecks notwendigen Gebote und Verbote, und, soweit erforderlich, die Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen oder enthält die erforderlichen Ermächtigungen hierzu.

Neben den in den Erklärungen geltenden Ausnahme- und Befreiungsregelungen, die bei Notwendigkeit im Folgenden für die im PFA C2 geschützten Teile von Natur und Landschaft erläutert werden, kann darüber hinaus gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG auf Antrag Befreiung von den Geboten und Verboten u.a. der §§ 23 - 29 BNatSchG oder nach dem Naturschutzrecht der Länder gewährt werden, wenn

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

und die Befreiungssituation einen so nicht vorgesehenen und deshalb singulären Einzelfall erfasst, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

#### **3.2      Landschaftsschutzgebiete**






Gemäß Teil F „UVP-Bericht“, Kapitel 6.2 sind vier Landschaftsschutzgebiete ermittelt worden, für die im Folgenden geprüft wird, ob eine Ausnahme- oder Befreiungsvoraussetzung vorliegt:

- Landschaftsschutzgebiet 2636024 „Werratal zwischen Bickershausen und Wendershausen“,
- Landschaftsschutzgebiet 2636002 „Auenverbund Werra“,
- Landschaftsschutzgebiet 2636031 „Werratal zwischen Oberrieden und Wendershausen und Ludwigstein mit Hintergelände“,
- Landschaftsschutzgebiet 17020081 „Obereichsfeld“,

Nachfolgende Legende (Abbildung 1) erläutert die kartografischen Darstellungen der Landschaftsschutzgebiete.

## Legende

### Vorhaben

-  Erdkabel (offene Bauweise)
-  Erdkabel (geschlossene Bauweise)
-  Erdkabel (unter Tage)
-  Erdkabel in angrenzendem PFA (nachrichtlich)
-  Kilometrierung 500m
-  Kilometrierung 100m
-  Zuwegung und Arbeitsfläche
-  Planfeststellungsabschnittsgrenze
-  festgelegter Trassenkorridor in angrenzendem PFA

### Schutzgebiete



-  Grünes Band Hessen
-  Landschaftsschutzgebiet

Abbildung 1: Legende zur kartografischen Darstellung der LSG

### 3.2.1 Landschaftsschutzgebiet 2636024 „Werratal zwischen Bickershausen und Wendershausen“

Das Landschaftsschutzgebiet „Werratal zwischen Bickershausen und Wendershausen“ (2636024) liegt innerhalb des Untersuchungsraumes zwischen km 9+930 und km 10+010.

Nach § 2 der Schutzgebietsverordnung vom 03.07.1964, zuletzt geändert am 23.10.2001, sind folgende Handlungen verboten:

- a) Das Ablagern von, Müll und Schutt aller Art an anderen als den hierfür von der Unteren Naturschutzbehörde und der jeweiligen Gemeinde bestimmten Plätzen sowie jede sonstige Verunreinigung der Landschaft, insbesondere der Gewässer;
- b) das Lagern, Zelten und Baden an anderen als den von der Unteren Naturschutzbehörde dafür vorgesehenen Plätzen sowie das Unbefugte Anzünden von Feuer und das Wegwerfen von Abfällen;
- c) die Ruhe der Natur durch Lärm oder auf andere Weise zu stören;
- d) Werbevorrichtungen aller Art anzubringen;
- e) das Fahren und Parken von Kraftfahrzeugen aller Art außerhalb der für den Kraftverkehr zugelassenen Wege und der zugelassenen Parkplätze mit Ausnahme des Anlieger- und des land- und forstwirtschaftlichen Verkehrs;

[...]

- g) an den Gewässern und auf den Parkplätzen Kraftfahrzeuge zu waschen und zu pflegen.

Zur Vermeidung der in § 2 Abs. 1 genannten schädigenden Wirkungen bedürfen folgende Vorhaben der vorherigen Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde:

- a) Die Errichtung von Bauwerken aller Art, auch von solchen, die keiner bauaufsichtlichen Genehmigung bedürfen:
- b) die Rodung von Ufergehölzen an den Gewässern sowie die Beseitigung oder Beschädigung von Hecken, Bäumen und Gehölzen außerhalb des Waldes sowie von Teichen, Tümpeln, Findlingen und Felsblöcken. Ausgenommen von dem Verbot bleiben Hecken, Sträucher, Gehölze und Bäume an Verkehrswegen [...]
- c) die Entnahme oder das Einbringen von Bodenbestandteilen oder sonstige Veränderungen der Bodengestaltung [...]
- d) die Anlegung oder Erweiterung von Materiallagerplätzen [...]
- f) wasserwirtschaftliche und wegebauliche Maßnahmen sowie der Bau von Versorgungseinrichtungen jeglicher Art, insbesondere Schienen- und Seilbahnen sowie Freileitungen.

Nach § 3 (2) darf die Zustimmung nur versagt werden, wenn auch durch Auflagen nicht vermieden werden kann, dass das Vorhaben die Natur schädigt, den Naturnutzen beeinträchtigt oder das Landschaftsbild verunstaltet.

Nach § 5 der Schutzgebietsverordnung können auf Antrag in besonderen Fällen Ausnahmen von der Unteren Naturschutzbehörde zu gelassen werden.

#### 3.2.1.1 Konfliktbeschreibung

Bei Bau-km 9+300 – 9+400 ist lediglich eine Niederstamimplantage vom Vorhaben berührt. In allen weiteren Querungsbereichen der Trasse mit dem Landschaftsschutzgebiet wird diese auf Ackerflächen geführt. Der Verordnungsgeber beabsichtigte die maßgeblichen Elemente einer naturnahen Kulturlandschaft zu schützen. Zu diesen ist eine Niederstamimplantage aber nicht zu zählen i.S. von § 3, Nr. 1, Lit b).

Ferner liegt auch kein Verstoß nach § 3, Nr. c) vor, da der kulturfähige Boden nur temporär entnommen und nach Ende der Baumaßnahme wieder sachgerecht eingebracht wird.

Der einzige Berührungspunkt der Trasse mit schutzwürdigen Bestandteilen betrifft die temporären Einleitstellen. Diese werden aber auf Vlies geführt, so dass eine Schädigung schutzwürdiger Bereiche ausgeschlossen werden kann. Auch wird die Einleitstelle nicht befestigt.



Abbildung 2: Lage der Trasse Werratal zwischen Blickershausen und Wendershausen bei Bau-km 9+300 im Landschaftsschutzgebiet 2636024 „“ (gelb umrandet) - Querung Niederstammpflanzanlage





Abbildung 3: Lage der Trasse bei Bau-km 10+100 im Landschaftsschutzgebiet 2636024 „Werratal zwischen Blickershausen und Wendershausen“ (gelb umrandet) - Einleitstellen

### 3.2.1.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Es sind keine schutzwürdigen Bereiche vom Vorhaben betroffen. Es liegt kein Verstoß gegen die in § 2 genannten Verbote vor bzw. werden genehmigungspflichtige Tatbestände nach § 3 der Schutzgebietsverordnung nicht ausgelöst.

### 3.2.1.3 Fazit

Es sind keine schutzwürdigen Bereiche vom Vorhaben betroffen. Es liegt kein Verstoß gegen die in § 2 genannten Verbote vor bzw. werden genehmigungspflichtige Tatbestände nach § 3 der Schutzgebietsverordnung nicht ausgelöst.

### 3.2.2 Landschaftsschutzgebiet 2636002 „Auenverbund Werra“

Das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Werra“ (2636002) befindet sich zwischen Bau-km 9+700 – 13+650, 14+500 – 16+100, 17+900 – 18+600, 20+150 – 21+100, 24+800 – 27+100, 28+300 – 29+100 sowie 65+600 – 65+800.

Nach der Schutzgebietsverordnung vom 19.09.1980, zuletzt geändert am 21.12.1988, ist der Charakter des Landschaftsschutzgebietes bestimmt durch die Auenlandschaft der Werra.

Zweck der Unterschutzstellung ist laut § 2 der Schutzgebietsverordnung die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sowie die Sicherung der Werra mit ihrer durch Überflutung gekennzeichneten Aue als eine für Hessen typische Flusslandschaft. Der Schutz dient insbesondere den im Wechsel von Hoch- und Niedrigwasser geprägten Lebensgemeinschaften entlang der Gewässer. Schutzziel ist die Erhaltung der durch die unterschiedlichen Durchfeuchtungsstufen bestimmten Wiesen- und Ufervegetationstypen sowie die weitgehende Wiederherstellung naturnaher Gewässerabschnitte durch die Umwandlung von Ackerland in Grünland und die Extensivierung der Grünlandnutzung.

Folgende Maßnahmen oder Handlungen sind nach § 3 Abs. 1 nur mit Genehmigung zulässig:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, ungeachtet des in § 1 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung ausgenommenen Anwendungsbereiches oder einer auf Grund anderer Rechtsvorschriften erteilten Genehmigung;
- [...]
3. das Beschädigen oder Beseitigen von Hecken, Gebüsch, Feld- und Ufergehölzen, Alleebäumen, Streuobstbeständen und Einzelbäumen;
4. Baum- und Strauchpflanzungen;
5. die Schaffung, Veränderung oder Beseitigung von Gewässern, insbesondere von Wasserläufen, Wasserflächen und Tümpeln einschließlich deren Ufer und des Zu- und Ablaufes des Wassers, die Entwässerung von Sümpfen, Feuchtgebieten, Feuchtwiesen oder die über den Gemeingebrauch hinausgehende Entnahme von Wasser sowie das Beschädigen oder Beseitigen von Wiesensenken, insbesondere Flutmulden und -rinnen und die Durchführung von Drainmaßnahmen;
6. der Umbruch oder die Nutzungsänderung von Wiesen, Weiden oder Brachflächen;
7. die Neuansaat in Wiesen oder Weiden;
- [...]
9. der Abbau oder die Gewinnung von Bodenschätzen oder anderen Bodenbestandteilen, die Vornahme von Sprengungen oder Bohrungen oder die Veränderung der Bodengestalt in sonstiger Weise;



10. das Waschen und Pflegen von Kraftfahrzeugen und sonstige das Landschaftsschutzgebiet oder seine Bestandteile zerstörende, -beschädigende oder erheblich beeinträchtigende Verunreinigungen des Geländes;
  11. das Fahren mit oder das Parken von Kraftfahrzeugen aller Art einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der für den allgemeinen Kraftverkehr zugelassenen Straßen, Wege und Plätze;
  12. das Zelten und Aufstellen von Wohnwagen und sonstigen transportablen Anlagen einschließlich fahrbarer Verkaufsstände außerhalb der dafür zugelassenen Plätze und das Anzünden und Unterhalten von offenem Feuer in der freien Landschaft;
  13. das Anbringen oder Aufstellen von Inschriften, Plakaten, Bild- oder Schrifttafeln.
- (2) Die Genehmigung ist laut § 3 Abs. 2 zu versagen, wenn die geplante Maßnahme oder Handlung den Charakter des Gebietes verändert, das Landschaftsbild beeinträchtigt und dem besonderen Schutzzweck, insbesondere der Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, zuwiderläuft oder bei einer erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfung die Landschaftsverträglichkeit nicht festgestellt ist. Die Genehmigung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.

#### 3.2.2.1 Konfliktbeschreibung

Potenziell betroffen sind die Nummern 3 und 4 des § 3 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung, allerdings lediglich im Querungsbereich des Landschaftsschutzgebietes von Bau-km 14+500 – 16+100; bei Bau-km 15+800 sind Einzelbäume betroffen.

Zudem können potenzielle Verbotstatbestände nach § 3 Nr. 5 Drainmaßnahmen (Bauwasserhaltung) als auch Nr. 9 (Herstellung einer geschlossenen Querung durch HDD) sowie Nr. 11 Fahren von Fahrzeugen außerhalb gewidmeter Straßen (Zuwegung Baustelle) ausgelöst werden.

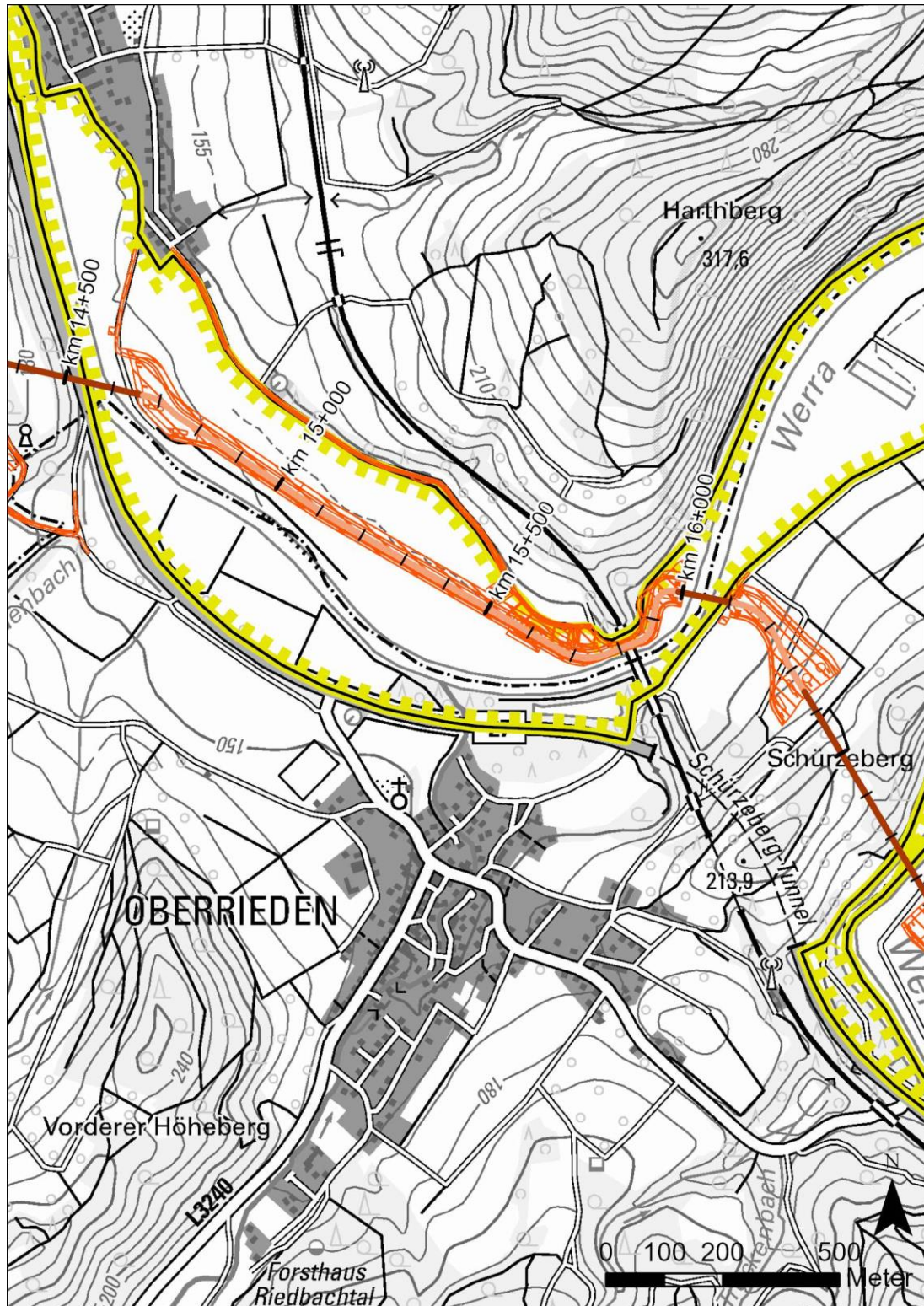


Abbildung 4: Lage der Trasse bei Bau-km 15+800 im Landschaftsschutzgebiet 2636002 „Auenverbund Werra“ (gelb umrandet)

### 3.2.2.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Es werden alle im Landschaftsschutzgebiet liegenden Waldbereiche umgangen oder geschlossen gequert. Auch innerhalb der Landschaftsschutzgebietsfläche im Unter-

suchungsraum liegende Gewässer und deren Ufer- oder Verlandungsbereiche werden umgangen oder geschlossen unterquert. Bis auf den genannten Bereich bei Bau-km 15+800 werden auch alle Einzelbäume und Gebüsche umgangen oder geschlossen gequert. Dies trifft ebenfalls auf Einzelgehölze und Streuobstwiesen zu. Ausgenommen sind kleinere Gräben, die teilweise in offener Bauweise gequert werden.

Zu den in § 3 Abs. 1 Nr. 3 der Verordnung beschriebenen genehmigungspflichtigen Handlungen (Verbote) zum Beschädigen oder Beseitigen von Hecken, Gebüsch, Feld- und Ufergehölzen, Alleebäumen, Streuobstbeständen und Einzelbäumen, können nach Abs. 2 Ausnahmen erlassen werden, wenn der Charakter der Landschaft nicht verändert wird und die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts wiederhergestellt wird.

Für betroffene Flächen erfolgt eine Wiederherstellung des aktuellen Zustandes. Verbleibt ein Kompensationsbedarf, wird dieser durch entsprechende Maßnahmen im Rahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Teil I) ausgeglichen/ersetzt. Die Veränderung der Landschaft ist sehr kleinräumig und darüber hinaus zeitlich begrenzt. Der Charakter der Landschaft verändert sich nicht. Somit sind die Ausnahmevoraussetzungen erfüllt.

Zu den nach § 3, Abs.1 genannten genehmigungspflichtigen

- Nr. 5 Drainmaßnahmen (Bauwasserhaltung)
- Nr. 9 Bohrungen (z.B. Herstellung einer geschlossenen Querung durch HDD)
- Nr. 11 Fahren von Fahrzeugen außerhalb gewidmeter Straßen (Zuwegung Baustelle)

können Ausnahmen erteilt werden, da diese den Landschaftscharakter und die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts nicht verändern bzw. dieser wiederhergestellt wird. Drainmaßnahmen führen zu keiner irreversiblen Veränderung des Landschaftswasserhaushalts bzw. zu einer Schädigung grundwasserabhängiger Biotope. Die Absenkungen finden temporär statt und in kürzester Zeit steigt der Grundwasserspiegel wieder auf das Mindestniveau des mittleren Grundwasserspiegels an. Bohrungen beeinträchtigen den kulturfähigen Boden nicht und verdrängen nur das geologische Ausgangsmaterial. Das Befahren außerhalb gewidmeter Straßen erfolgt nur temporär auf vorhandenen Wegen oder Baustraßen, die rückgebaut werden. Eine Beeinträchtigung der Schutzziele ist somit für die beiden letztgenannten potenziellen Tatbestände auszuschließen.

### 3.2.2.3 Fazit

Entsprechend der Landschaftsschutzgebietsverordnung besteht gemäß § 3 Abs. 1 ein Verbot zur Beschädigung von Einzelbäumen (bzw. ist dieser Tatbestand genehmigungspflichtig). § 3 Abs. 2 der Schutzgebietsverordnung beschreibt, dass diese Genehmigung nur versagt werden kann, wenn der Charakter der Landschaft oder die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts nicht wiedergestellt werden kann. Die Voraussetzungen zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung sind durch die getroffenen landschaftspflegerischen Maßnahmen (z.B. Rekultivierung) aber erfüllt.

Gleiches gilt auch für die genehmigungspflichtigen Handlungen nach § 3, Abs 1 Nr. 5, 9 und 11 der Schutzgebietsverordnung.

Die Ausnahmevoraussetzungen sind, bedingt durch die Kleinräumigkeit des Eingriffs- und die Kompensationsmaßnahmen, erfüllt.



### 3.2.3 Landschaftsschutzgebiet 2636031 „Werratal zwischen Oberrieden und Wendershausen und Ludwigstein mit Hintergelände“

Das Landschaftsschutzgebiet „Werratal zwischen Oberrieden und Wendershausen und Ludwigstein mit Hintergelände“ (2636031) liegt innerhalb des Untersuchungsraumes zwischen km 12+020 und km 15+940.

Nach § 2 der Schutzgebietsverordnung vom 16.09.1938 ist es im Landschaftsschutzgebiet verboten, Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen, den Naturgenuss zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten.

Verboten ist deshalb laut § 3 der Schutzgebietsverordnung insbesondere,

- a) Abfälle, Müll oder Schutt aller Art an anderen als den von der Unteren Naturschutzbehörde genehmigten Plätzen abzulagern;

[...]

- d) Drahtleitungen zu errichten;
- e) Steinbrüche, Kies -, Sand -, Lehm- oder Tongruben anzulegen oder bestehende Betriebe dieser Art über das Maß des bisherigen Abbaus hinaus zu erweitern;
- f) Hecken und Gehölze außerhalb des Waldes zu beseitigen (ausgenommen bleiben Hecken, Sträucher und Gehölze an Verkehrsstraßen, soweit ihre Entfernung zur Erhaltung einwandfreier oder zur Verbesserung ungenügender Sicht geboten erscheint), ohne dass für Erstpflanzungen Sorge getragen wird oder die Möglichkeit des Stockausschlages erhalten bleibt;
- g) Zelt- oder Lagerplätze an anderen als den von der Unteren Naturschutzbehörde dafür vorgesehenen Orten einzurichten.

#### 3.2.3.1 Konfliktbeschreibung

Analog zum Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Werra“ sind bei Bau-km 15+800 lediglich Einzelbäume im LSG „Werratal zwischen Oberrieden und Wendershausen und Ludwigstein mit Hintergelände“ betroffen (Verbot gemäß § 3 f) der Schutzgebietsverordnung).

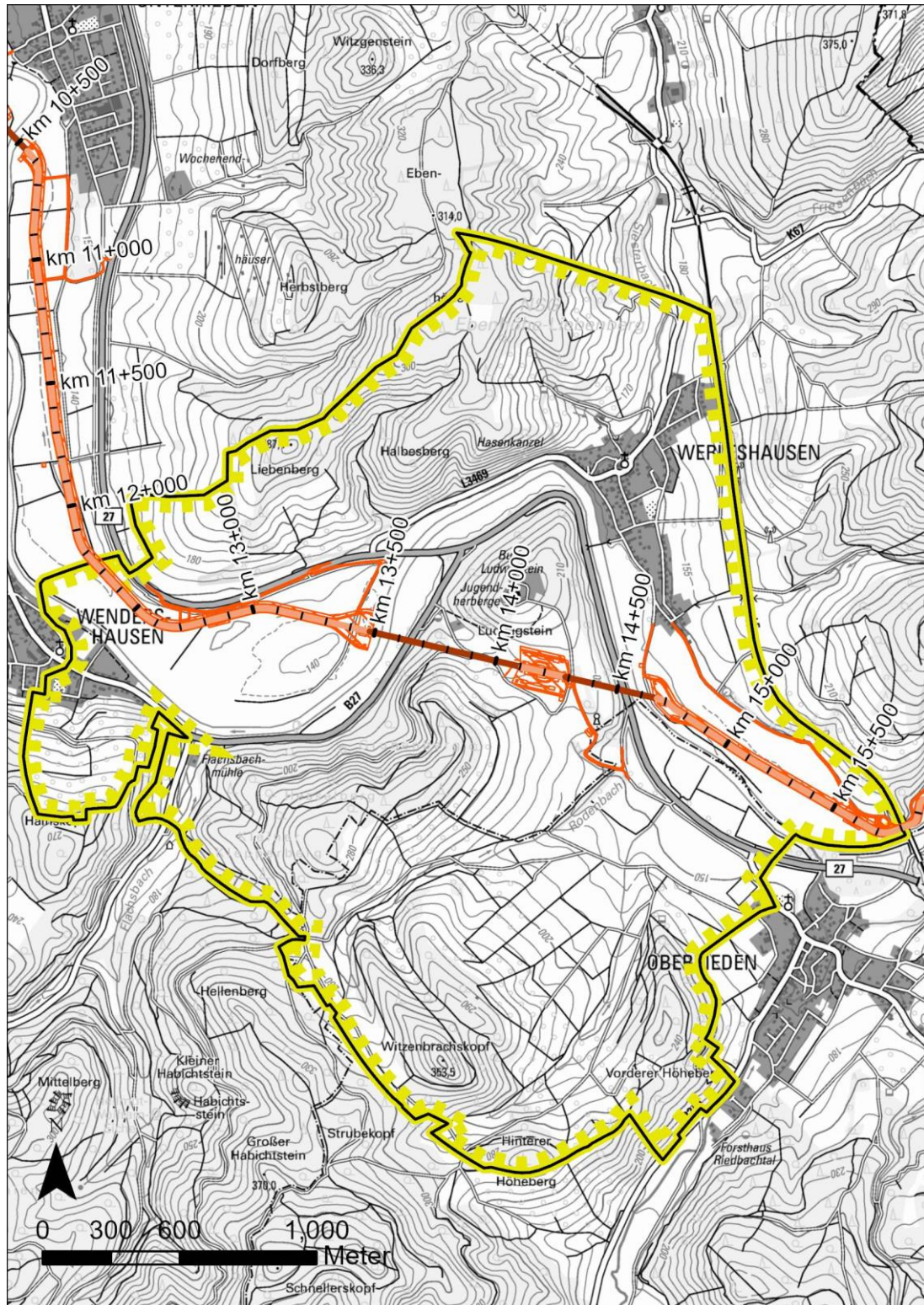


Abbildung 5: Lage der Trasse zwischen Bau-km 12+500 und 15+600 im Landschaftsschutzgebiet „Werratal zwischen Oberrieden und Wendershausen und Ludwigstein mit Hintergelände“ (gelb umrandet)

### 3.2.3.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

In § 3 der Schutzgebietsverordnung ist unter Punkt f) das „Verbot der Beseitigung von Einzelbäumen außerhalb von Wald beschrieben.“



Es werden alle im Landschaftsschutzgebiet liegenden Waldbereiche umgangen oder geschlossen gequert. Gewässer und deren Ufer- oder Verlandungsbereiche im LSG werden umgangen oder geschlossen unterquert. Streuobstwiesen, Feldgehölze, Hecken und Einzelgehölze werden bis auf den Bereich bei Bau-km 15+770 – 15+790 ebenfalls umgangen oder geschlossen gequert. Bei genanntem Bereich wird eine mittelalte Baumhecke durch Schutz- und Arbeitsstreifen beansprucht (ca. 320 m<sup>2</sup>).

Zu dem in § 3 f) der Schutzgebietsverordnung beschriebenen Verbot „Beseitigen von Hecken und Gehölzen“ sieht § 5 der Verordnung Ausnahmen vor. Wie in § 5 der Verordnung beschrieben, können Ausnahmen in besonderen Fällen zugelassen werden.

Die besonderen Voraussetzungen sind durch das überwiegende öffentliche Interesse am Vorhaben erfüllt. Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und damit die Befreiungsvoraussetzung nach § 5 der Verordnung gegeben sind.

Für betroffene Flächen bei km 15+770 –15+790 erfolgt eine Wiederherstellung des aktuellen Zustandes, wobei im Bereich des Schutzstreifen (200 m<sup>2</sup>) auf eine entsprechende Arten-garnitur (keine Tiefwurzler) geachtet werden muss. Der verbleibende Kompensationsbedarf wird durch entsprechende Maßnahmen im Rahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Teil I) ausgeglichen/ersetzt. Die Veränderung der Landschaft ist sehr kleinräumig und darüber hinaus zeitlich begrenzt. Der Charakter der Landschaft verändert sich nicht und der Schutzzweck des Gebietes wird durch die temporäre Entnahme der Gehölze nicht bedroht. Die Ausstattung des Landschaftsraumes mit naturnahen Gehölzen gemäß den Zielsetzungen des Landschaftsschutzgebietes bleibt daher unberührt. Somit sind die Ausnahmevoraussetzungen erfüllt.

### 3.2.3.3 Fazit

Entsprechend der Landschaftsschutzgebietsverordnung besteht gemäß § 3 f) ein Verbot zur Beschädigung von Hecken und Gehölzen. § 5 der Schutzgebietsverordnung beschreibt, dass Ausnahmen zugelassen werden. Die Ausnahmevoraussetzungen sind, bedingt durch das überwiegende öffentliche Interesse, die Kleinräumigkeit des Eingriffs, die Wiederherstellung des Gehölzes und verbleibende Kompensationsmaßnahmen, erfüllt.

### 3.2.4 Landschaftsschutzgebiet 17020081 „Obereichsfeld“

Das Landschaftsschutzgebiet „Obereichsfeld“ (17020081, TH 81) liegt innerhalb des Untersuchungsraumes zwischen km 16+800 und km 17+800, 18+700 - 20+200 und 21+100 - 22+000. In zuletzt genanntem Abschnitt befindet sich auch die LWL-Station.

Nach der Schutzgebietsverordnung vom 26.08.2009 ist der Charakter des Landschaftsschutzgebietes bestimmt durch kleinräumige Wechsel von Wald, Wiese, Weide, Acker, Streuobstwiese und Heckenstrukturen und die darin eingebetteten Dorfanlagen sowie Burgen und Schlösser.

Nach §3 der Schutzgebietsverordnung sind folgende Handlungen verboten:

- (1) Im Landschaftsschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern, das Landschaftsbild oder die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes beeinträchtigen oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.
- (2) Es ist deshalb insbesondere verboten:
  1. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile oberirdisch außerhalb der im Regionalen Raumordnungsplan Nordthüringen beziehungsweise im Regionalplan Nordthüringen in der jeweils geltenden Fassung festgelegten Vorranggebiete „Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung“ oder außerhalb der bestehenden Bewilligungsfelder, Bergwerkseigentümer, Grundeigenen Abbaue und Felder alten Rechts abzubauen,
  2. Straßen und Schienenwege neu zu bauen,
  3. Laub- oder Mischwald in Nadelholzreinbestände umzuwandeln,
  4. natürliche und naturnahe Fließgewässer zu beseitigen oder zu zerstören,
  5. Motorsport außerhalb öffentlicher Straßen oder außerhalb der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung hierfür genutzten Anlage auszuüben,
  6. oberirdische Hochspannungsleitungen ab 110 kV zu errichten oder unterirdische Hochspannungsleitungen ab 380 kV zu verlegen,
  7. Windkraftanlagen zu errichten,
  8. Dauergrünland im „Grünen Band“ zwischen Kolonnenweg und der ehemaligen innerdeutschen Grenze in Ackerland oder eine andere Nutzungsart umzuwandeln.

#### 3.2.4.1 Konfliktbeschreibung

Das Vorhaben im LSG verursacht keine Veränderungen im Charakter der Landschaft, des Landschaftsbildes und der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes (nach § 3 (1)). Die Schutzziele sind in § 2 genannt. Wie eine detaillierte Betrachtung zeigt, sind im Querungsbereich der Trasse mit dem Landschaftsschutzgebiet lediglich ackerbaulich genutzte Flächen betroffen, die nach Abschluss der Bauarbeiten wiederhergestellt werden. So ist die LWL-Station eingebunden in vorhandene Gehölze, die sichtverschattend wirken. Auch die Kubaturen der LWL-Station sind nicht weiträumig sichtbar, da dies die Größe einer Einzelgarage nicht überschreiten. Der verbleibende Konflikt durch Überformung der Landschaft wird durch die Gestaltungsmaßnahme G 32 kompensiert. Dabei handelt es sich um eine Gestaltungsmaßnahmen die, die Anlage eines sichtverschattenden Gehölzgürtels vorsieht. Die Zuwegung zur LWL verläuft auf einer bereits vorhandenen Straße, welche geringfügig verbreitert wird.

Der Zweck des Schutzgebietes nach § 2 der VO ist somit nicht berührt.



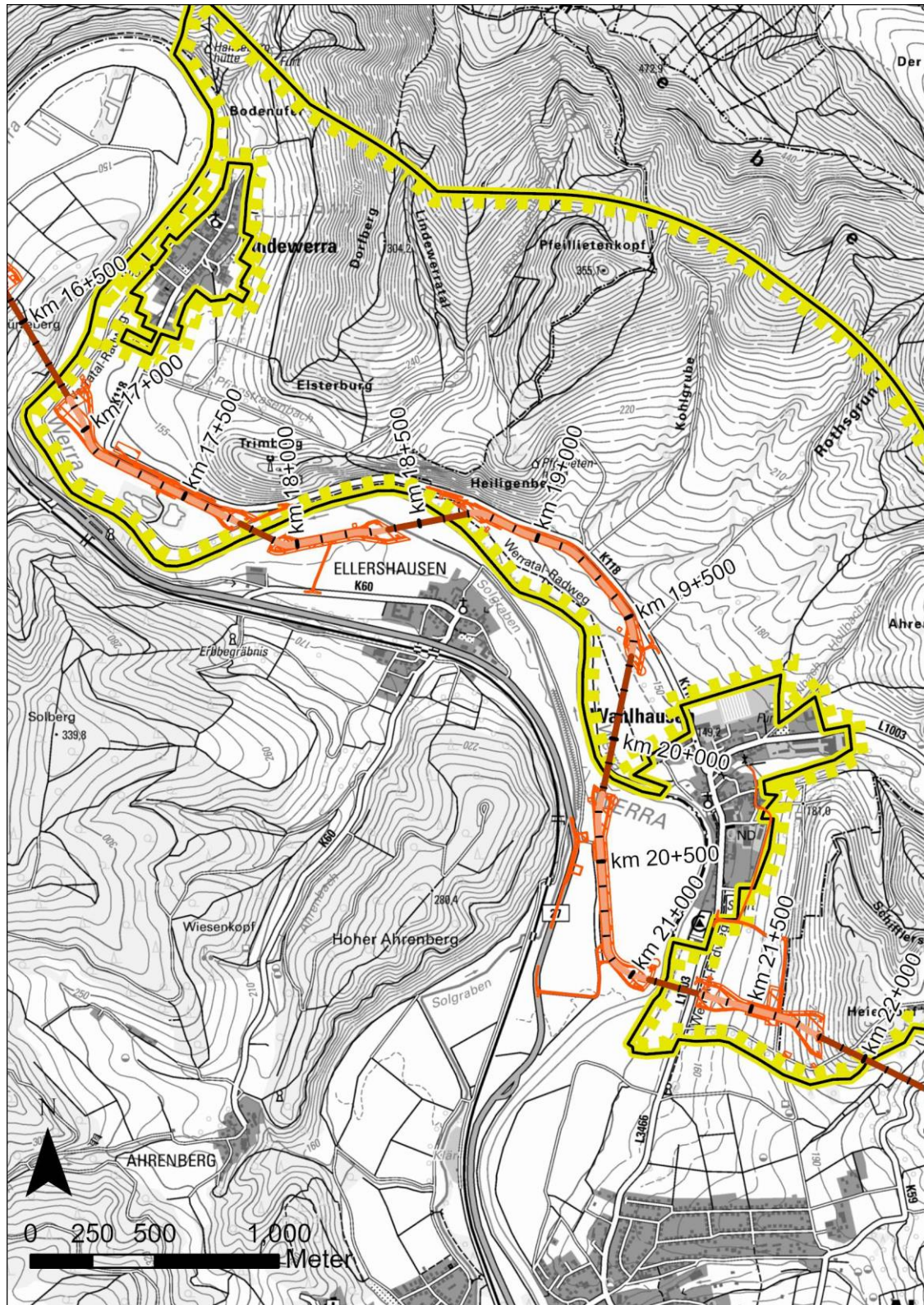


Abbildung 6 Lage der Trasse zwischen Bau-km 16+800 und 22+000 im Landschaftsschutzgebiet „Obereichsfeld“ (gelb umrandet)

### 3.2.4.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Schutzwürdige Bestandteile sind nicht betroffen.



### 3.2.4.3 Fazit

Schutzwürdige Bestandteile sind nicht betroffen.

## 3.3 Nationale Naturmonumente

### 3.3.1 Grünes Band Thüringen

Das Nationales Naturmonument „Grünes Band Thüringen“ liegt innerhalb des Untersuchungsraumes zwischen km 16+350 und km 22+690, zwischen km 55+640 und km 59+900 und bei km 65+800 (vgl. Teil F, Anlage 6.1 „Schutzgüter Landschaft sowie Klima und Luft – Bestand“).

Nach dem Thüringer Gesetz über das Nationale Naturmonument „Grünes Band Thüringen“ (ThürGBG) vom 11.12.2018 ist das Gebiet auf der einen Seite durch die Landesgrenze und auf der anderen Seite durch den Verlauf des Kolonnenweges begrenzt. In den Abschnitten, in denen der Kolonnenweg nicht mehr vorhanden ist, wird die Grenze des Nationalen Naturmonuments durch dessen ehemaligen Trassenverlauf oder eine sonstige ehemalige Grenzschutzvorrichtung definiert. In den Abschnitten, in denen größere Flächen zwischen Kolonnenweg und Landesgrenze liegen, werden Teilflächen ausgegrenzt. Der Kolonnenweg ist Bestandteil des Nationalen Naturmonuments. Das Wegebankett bis zu drei Meter von der Mitte des Kolonnenweges ist Bestandteil des Weges. In einem neuen Gesetzesentwurf ist darüber hinaus von km 16+500 bis km 65+980 sowie von km 65+980 bis zum Ende des PFA C2 (Übergang zu PFA D1) Gebietserweiterungen vorgesehen.

Schutzzweck des Nationalen Naturmonuments ist es gemäß § 3 Abs. 1 des Gesetzes, das Gebiet des „Grünen Bandes Thüringen“

9. wegen seiner Seltenheit und besonderen Eigenart, die als Verbindung der sich von der Umgebung abhebenden, vielfältigen Biotopstrukturen und deren Lebensgemeinschaften zusammen mit den Resten der Grenzbefestigungsanlagen und Einrichtungen der Erinnerungskultur erlebbar ist,
10. als repräsentativen und bedeutenden Abschnitt des europäischen und nationalen Biotopverbundsystems,
11. wegen seiner landeskundlichen, wissenschaftlichen und historischen Bedeutung und
12. als Erinnerungslandschaft, die ein einzigartiges Zeugnis der deutschen Geschichte auch für die zukünftigen Generationen darstellt,

zu erhalten, zu schützen und zu entwickeln.

Im Nationalen Naturmonument sind zur Verwirklichung des Schutzzwecks nach Abs. 1 gemäß § 3 Abs. 2 des Gesetzes

1. die das „Grüne Band Thüringen“ prägende Erinnerungslandschaft der deutschen Geschichte einschließlich der Gedenkstätten, Gedenkort, der geschleiften Ortschaften, den Resten der Grenzbefestigungsanlagen und besonderen Geländestrukturen und
2. die besondere Eigenart, geprägt durch das in Abs. 1 Nr. 1 beschriebene typische Erscheinungsbild sowie
3. die Leistungs-, Funktions- und Regenerationsfähigkeit der einzelnen Biotope und des Biotopverbundes

- a) im Offenland mit naturnahen und natürlichen Biotoptypen wie extensiv genutzten Feuchtwiesen, Flachlandmähwiesen, Bergwiesen und anderen extensiv genutzten artenreichen Wiesen und Weiden, Halbtrocken- und Trockenrasen, Borstgrasrasen, Zwergstrauchheiden, Pionierrasen, seggen-, binsen- und hochstaudenreichen Nasswiesen sowie Staudenfluren trocken-warmer Standorte auch als Lebensraum besonders geschützter Tier- und Pflanzenarten,
- b) in naturnahen Wäldern, wie Buchenwäldern, Eichen-Hainbuchen- und anderen Eichenwäldern vor allem warmer oder wechselfeuchter Standorte, Kiefernwäldern auf armen, meist felsig-blockigen Silikatgesteinsstandorten, Moor-, Sumpf- und Bruchwäldern, Erlen-Eschenwälder an Bächen und Quellstellen, Auenwäldern, Schlucht-, Hangschutt- und Blockhaldenwäldern, sowie in anderen Gehölzstrukturen auch als Lebensraum besonders geschützter Tier- und Pflanzenarten,
- c) in und an naturnahen Gewässern und Uferzonen auch als Lebensraum besonders geschützter Tier- und Pflanzenarten

in ihrem Bestand zu erhalten und zu schützen.

Im Nationalen Naturmonument gelten gemäß § 6 des Gesetzes folgende Verbotstatbestände:

- (1) Außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und eines Umkreises von 40 m um diese sowie außerhalb des Geltungsbereichs von zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes geltenden Bebauungsplänen und von Bebauungsplänen, die im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes neu aufgestellt oder geändert werden und deren Festsetzungen sowohl den Biotopverbund als auch den Erhalt der Erinnerungskultur gewährleisten, sind im Nationalen Naturmonument alle Handlungen verboten, die die besondere Eigenart des Gebietes, die einzelnen Biotope, den Biotopverbund, die Tier- und Pflanzenwelt oder einzelne ihrer Bestandteile oder Einrichtungen der Erinnerungskultur oder Bestandteile von landeskundlicher, wissenschaftlicher oder historischer Bedeutung zerstören, beschädigen, verändern oder erheblich stören können. [...]
- (2) Insbesondere ist es verboten:
  - 1. den Kolonnenweg mit seinen Nebenanlagen und andere Reste der Grenzbefestigungsanlagen sowie sonstige Einrichtungen der Erinnerungskultur wesentlich zu verändern,
  - 2. sonstige bauliche Anlagen im Sinne der Thüringer Bauordnung zu errichten oder wesentlich zu verändern,
  - 3. Betriebsanlagen der Eisenbahn, Straßen oder Wege zu errichten oder wesentlich zu verändern,
  - 4. ober- und unterirdische Leitungen aller Art zu errichten, zu verlegen oder wesentlich zu verändern; ausgenommen davon ist eine vollständige Unterquerung, bei der keine Schäden an der Oberfläche entstehen,
  - 5. Bodenschätze oder Bodenbestandteile oberirdisch abzubauen oder Abgebautes oberirdisch abzulagern, Grabungen, Bohrungen, Sprengungen oder Aufschüttungen vorzunehmen, Stoffe einzubringen oder die Bodengestalt in sonstiger Weise zu verändern,
  - 6. Werbeträger, Bild- und Schrifttafeln sowie fahrbare oder feste Verkaufsstände aufzustellen oder anzubringen,

7. Dauergrünland umzubrechen, aufzuforsten, anderweitig zu nutzen oder die Nutzung zu intensivieren,
8. bislang ungenutzte Flächen entgegen den Festlegungen im Pflege-, Entwicklungs- und Informationsplan nach § 5 zu pflegen oder zu nutzen,
9. zu lagern, Feuer zu machen, zu zelten oder Modellflugzeuge oder Drohnen zu betreiben,
10. gebietsfremde Arten einzubringen; das Verbot gilt nicht für den Anbau von gebietsfremden Pflanzen in der Land- und Forstwirtschaft, oder
11. gebietseigene Pflanzen über § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 hinausgehend oder Tiere zu entnehmen.

Als Ausnahmen können gemäß § 8 Abs. 1 des Gesetzes nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zugelassen werden:

[...]

2. die Wahrnehmung gesetzlich bestimmter Untersuchungs-, Aufsichts- oder Überwachungsmaßnahmen sowie gesetzlich bestimmter amtlicher Maßnahmen durch Behördenbedienstete oder von ihnen damit beauftragte Personen,
3. Nutzungen auf der Grundlage von zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes erteilten planungsrechtlichen Zulassungen, behördlich erteilten Genehmigungen, Erlaubnissen, Gestaltungen und Berechtigungen einschließlich dafür erforderlicher Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Erneuerungsmaßnahmen,
4. Maßnahmen von Behörden oder öffentlichen Stellen oder deren Beauftragten sowie öffentliche Veranstaltungen zur Brauchtumspflege,

[...]

Von den Verboten des § 6 werden über die Ausnahmen nach Abs. 1 hinaus gemäß § 8 Abs. 2 des Gesetzes die Errichtung oder wesentliche Änderung von Betriebsanlagen der Eisenbahn einschließlich Bahnstromfernleitungen, Bundesfern- und Landesstraßen sowie die Erneuerung oder wesentliche Änderung von oberirdischen Hoch- und Höchstspannungsleitungen und anderen überregionalen Versorgungsleitungen ausgenommen, sofern hierfür das Benehmen mit der oberen Naturschutzbehörde und mit der oberen Denkmalschutzbehörde hergestellt worden ist.

Von den Verboten des § 6 werden gemäß § 8 Abs. 3 des Gesetzes folgende Maßnahmen ausgenommen, sofern hierfür eine Genehmigung vorliegt:

1. Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22. Dezember 2000, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung und des Hochwasserschutzes,
2. die Errichtung oder wesentliche Änderung von sonstigen Straßen und von Wegen, einschließlich des Kolonnenweges mit seinen Nebenanlagen, und anderen Resten der Grenzbefestigungsanlagen sowie sonstige Einrichtungen der Erinnerungskultur,
3. die Errichtung oder wesentliche Änderung von baulichen Anlagen im Sinne der Thüringer Bauordnung,

4. die Errichtung, Verlegung oder wesentliche Änderung von ober- und unterirdischen Einrichtungen und Leitungen zur örtlichen Ver- und Entsorgung einschließlich betrieblicher Transportleitungen, bei Stromleitungen bis zur Mittelspannungsebene,
5. das Aufstellen oder Anbringen von Werbeträgern, Bild- und Schrifttafeln sowie von fahrbaren oder festen Verkaufsständen,

[...]

7. der oberirdische Abbau von Bodenschätzen oder Bodenbestandteilen, die Vornahme von Grabungen, Bohrungen, Sprengungen oder Aufschüttungen sowie die Einbringung von Stoffen in zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehenden Bewilligungs- und Bergwerkseigentumsfeldern sowie in Regionalplänen zur Rohstoffsicherung ausgewiesenen Vorranggebieten sowie die Errichtung und wesentliche Änderung von nicht unter die Nummer 3 und 4 fallenden Einrichtungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit bestehenden bergrechtlichen Zulassungen oder Berechtigungen stehen und zur Aufrechterhaltung des Betriebs zwingend erforderlich sind.

#### 3.3.1.1 Konfliktbeschreibung

Das „Grüne Band Thüringen“ befindet sich zwar im Korridor, ist aber durch die Trasse selbst und ihre Nebenanlagen nicht betroffen. So befindet sich zum einen der bauliche Umgriff außerhalb des Schutzgebietes bzw. werden die in § 3 des Gesetzes genannten schutzwürdigen Bestandteile wie Gewässer bzw. naturnahe Uferzonen geschlossen gequert. In § 6 (2) des Gesetzes ist auch beschrieben, dass die unterirdische Querung Verbotstatbestände nicht auslöst.

Auch wird der Charakter des Raumes als Erinnerungsstätte der „deutsch-deutschen Teilung“ nicht verändert.

#### 3.3.1.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Die im Schutzgebiet liegenden naturnahen Gewässer werden geschlossen gequert. Daher werden Verbotstatbestände nicht ausgelöst.

#### 3.3.1.3 Fazit

Das Vorhaben löst im „Grünen Band Thüringen“ keine Verbotstatbestände aus.

### 3.3.2 Grünes Band Hessen

Mit Beschluss der Landesregierung vom 26. Januar 2023 wurde das Gesetz über das Nationale Naturmonument „Grünes Band Hessen“ (HeGBG) durch den Hessischen Landtag rechtskräftig beschlossen.

Das Nationale Naturmonument „Grünes Band Hessen“ liegt innerhalb des Untersuchungsraumes zwischen km 15+800 und km 22+900, zwischen km 55+500 und km 58+600 und zwischen km 59+800 und km 61+000 (vgl. Teil F, Anlage 6.1 „Schutzgüter Landschaft sowie Klima und Luft – Bestand“).

Das Gebiet wird in drei Zonen entsprechend ihrer naturschutzfachlichen Bedeutung unterteilt und hat dabei eine Gesamtgröße in Hessen von 8.084 ha.

- Zone I Räume mit naturschutzfachlich herausragender Bedeutung mit einer Fläche von rund 2.425 Hektar; die Zone I ist mit einer als roten Linie dargestellten Umrandung und einer I gekennzeichnet.

- Zone II Räume mit besonderer naturschutzfachlicher Bedeutung mit einer Fläche von rund 4.587 Hektar; Die Zone II ist mit einer als grünen Linie dargestellten Umrandung und einer II gekennzeichnet.
- Zone III Räume mit naturschutzfachlicher Bedeutung, die überwiegend dem Lückenschluss mit dem Entwicklungsziel einer Biotopfunktion dienen, mit einer Fläche von rund 1 238 Hektar; Die Zone III ist mit einer als gelben Linie dargestellten Umrandung und einer III gekennzeichnet.

Die Schutzzwecke des Nationalen Naturmonuments gemäß § 3 (1) sind es, das Gebiet des „Grünen Bandes Hessen“:

1. wegen seiner Seltenheit und besonderen Eigenart, als Verbindung vielfältiger Biotopstrukturen und deren Lebensgemeinschaften sowie der Lage an der ehemaligen innerdeutschen Grenze,
  2. wegen seiner national bedeutsamen, großflächigen Verbundstruktur und außergewöhnlichen Wertigkeit sowie seiner Bedeutung zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts,
  3. für das Landschaftserleben und eine nachhaltige Erholungsnutzung,
  4. als repräsentativen und bedeutenden Abschnitt des europäischen und nationalen Biotopverbundsystems,
  5. als Erinnerungslandschaft, mit den vorhandenen Gedenkstätten und Gedenkorten der deutschen Geschichte, zu erhalten, zu schützen und zu entwickeln.
- (2) Über die Sicherung der allgemeinen Schutzzwecke des Abs. 1 hinaus ist es
1. Schutzzweck der Zone I, die unbeeinflusste, natürliche Dynamik der Ökosysteme mit ihren Zusammenbruchs- und Pionierphasen und der dazugehörigen Fauna und Flora zu sichern,
  2. Schutzzweck der Zone II, eine extensive, naturnahe Forst- und Landwirtschaft zur Förderung der Artenvielfalt mit seltenen und gefährdeten Landschaftselementen und LRT zu schützen und zu entwickeln,
  3. Schutzzweck der Zone III, die Potentiale auch intensiv genutzter Flächen zur langfristigen Herstellung eines funktionsfähigen Verbundes der Naturräume zu entwickeln.
- (3) Im Nationalen Naturmonument sind zur Verwirklichung der Schutzzwecke
1. die naturnahen Buchenwälder verschiedener Standorte, Eichen-, Hainbuchenwälder, Moor-, Sumpf- und Bruchwälder, Erlen-Eschenwälder an Bächen und Quellstellen, Auen-, Schlucht-, Hangschutt- und Blockhaldenwälder,
  2. die naturnahen und natürlichen Biotoptypen des Offenlandes, wie extensiv genutzte Feuchtwiesen, Flachlandmähwiesen, Bergmähwiesen und andere extensiv genutzte artenreiche Wiesen und Weiden, Halbtrocken- und Trockenrasen, Borstgrasrasen, Zwergstrauchheiden, Pionierrasen, seggen-, binsen- und hochstaudenreiche Nasswiesen sowie Staudenfluren trockenwarmer Standorte und
  3. die naturnahen Gewässer und Uferzonen, auch als Lebensraum besonders geschützter Tier- und Pflanzenarten, in ihrem Bestand zu erhalten und zu schützen.
- (4) Darüber hinaus sollen im Nationalen Naturmonument
1. Maßnahmen zum Naturerlernen ergriffen werden,

2. kulturhistorische Formen der Wald- und Offenlandnutzung reaktiviert und gefördert werden,
  3. für den Biotopverbund bedeutsame und zur Vernetzung erforderliche Flächen durch vertragliche Vereinbarung oder Flächenerwerb hergestellt und somit wechselnde Strukturen in direkter Anbindung an das Grüne Band Thüringen entwickelt werden,
  4. Öffentlichkeitsarbeit zur Information, Geschichts- und Umweltbildung betrieben und die dafür erforderlichen Einrichtungen geschaffen werden,
  5. wissenschaftliche Beobachtung und Forschung betrieben werden, soweit dies mit den Schutzzwecken im Übrigen vereinbar ist.
- (5) Das Nationale Naturmonument soll in seiner Bedeutung als national bedeutsame Erinnerungslandschaft und für eine umweltschonende, naturnahe Erholung gefördert und erschlossen werden, soweit dies mit den Schutzzwecken im Übrigen vereinbar ist.

In § 5 Allgemeine Schutzbestimmungen, Vorrang des Vertragsnaturschutzes sind u. a. die Verbote beschrieben:

(1) Für die Fläche des Grünen Bandes sind im Nationalen Naturmonument alle Handlungen verboten, die die besondere Eigenart des Gebiets des Nationalen Naturmonuments, die einzelnen Biotope, die Funktion als Biotopverbund, die Tier- und Pflanzenwelt oder einzelne ihrer Bestandteile oder Bestandteile von landeskundlicher, wissenschaftlicher oder kulturhistorischer Bedeutung zerstören, beschädigen, verändern oder nachhaltig stören können.

(2) Insbesondere ist es verboten,

1. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen, soweit diese nicht Teil der wegweisenden Beschilderung für den Fuß- und Radverkehr sind,
2. Gewässer zu schaffen, zu verändern, oder zu beseitigen, insbesondere Wasserläufe, Wasserflächen, Tümpel oder Quellbereiche einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern sowie Sümpfe oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen,
3. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 198), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Juni 2020 (GVBl. S. 378), zu errichten, zu erweitern oder zu ändern, auch wenn die Maßnahme keiner Genehmigung nach baurechtlichen Vorschriften bedarf oder wenn eine Zulassung nach anderen Rechtsvorschriften erteilt wird,
4. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern oder sonstige auf die Gewinnung von Bodenschätzen gerichtete Tätigkeiten oder Handlungen durchzuführen,
5. wildlebenden Tieren, einschließlich Fischen in Teichen, Bächen oder sonstigen Gewässern, nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen oder ohne vernünftigen Grund sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten,



6. zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen auf- oder Wohnmobile abzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, zu klettern oder Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter, Luftmatratzen oder Modellschiffe einzusetzen; die Regelungen des Bundeswasserstraßengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2007 (BGBl. I S. 962), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) bleiben unberührt.
- (3) Bei Maßnahmen, die dem Schutzzweck dieses Gesetzes dienen, soll vorrangig geprüft werden, ob der Zweck mit angemessenem Aufwand auch durch vertragliche Vereinbarungen erreicht werden kann. Es wird diesbezüglich auf § 3 Abs. 3 des Bundesnaturschutzgesetzes verwiesen.

Gemäß § 6 werden die Schutzbestimmungen der Zone I wie folgt festgehalten:

- (1) Für als Naturschutzgebiet ausgewiesene Gebiete wird auf § 4 Abs. 2 verwiesen.
- (2) Über die Verbote des § 5 Abs. 1 und 2 hinaus ist es in den als Zone I ausgewiesenen Gebieten insbesondere verboten,
  1. Pflanzen einschließlich Bäume und Sträucher, Flechten oder Pilze, einschließlich ihrer Samen und Früchte, zu beschädigen oder zu entfernen,
  2. Pflanzen, Flechten oder Pilze einzubringen oder Tiere auszusetzen,
  3. Puppen, Larven, Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten von wildlebenden Tieren, einschließlich Fischen in Teichen, Bächen oder sonstigen Gewässern, fortzunehmen oder zu beschädigen,
  4. außerhalb der befestigten Wege zu reiten oder mit Kutsche, Fahrrad, Pedelec oder E-Bike zu fahren,
  5. Wildfütterungen, Kirrungen, Luderplätze oder Wildäcker anzulegen oder zu unterhalten sowie Jagdhunde einzusetzen,
  6. mit Kraftfahrzeugen jeglicher Art zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken,
  7. die forstliche Nutzung auszuüben,
  8. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben,
  9. Dauergrünland, Wiesen, Weiden oder Brachflächen umzubrechen, aufzuforssten oder die Nutzung von Wiesen zu ändern oder Drainmaßnahmen durchzuführen oder die Grasnarbe durch unsachgemäße Weidenutzung zu zerstören,
  10. Düngemittel, Silagen, biologische Wirtschaftsgüter oder Abfallprodukte zu lagern und
  11. Geocaching zu betreiben.
- (3) Erlaubt bleiben
  1. die extensive Bewirtschaftung von Dauergrünland und Ackerland, einschließlich des dafür erforderlichen landwirtschaftlichen Verkehrs, jedoch unter den in Abs. 2, Nr. 9 und 10 genannten Einschränkungen,
  2. die Ausübung der Jagd mit den in Abs. 2 Nr. 5 aufgeführten Einschränkungen sowie notwendige Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr beim Auftreten von Wildseuchen sowie die Nachsuche mit Jagdhunden,
  3. die Ausbildung und Prüfung von Jagdhunden,

4. der Neubau ortsfester jagdlicher Ansitzeinrichtungen sowie die Anlage neuer Jagdschneisen in der Zeit vom 1. Oktober bis 28. Februar mit Genehmigung der Oberen Naturschutzbehörde,
5. die Unterhaltung und Instandsetzung bestehender jagdlicher Ansitzeinrichtungen in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 28. Februar,
6. die Nutzung und Erhaltung bestehender touristischer Infrastruktur und
7. die Schaffung neuer Infrastruktur für sanften Tourismus im Einvernehmen mit der Oberen Naturschutzbehörde.

Gemäß § 7 werden die Schutzbestimmungen der Zone II wie folgt festgehalten:

- (1) Über die Verbote des § 5 Abs. 1 und 2 hinaus ist es in der als Zone II ausgewiesenen Fläche insbesondere verboten,
  1. Dauergrünland, Wiesen, Weiden oder Brachflächen umzubrechen, aufzuforschten oder die Nutzung von Wiesen zu ändern oder Drainmaßnahmen durchzuführen oder die Grasnarbe durch unsachgemäße Weidenutzung zu zerstören,
  2. Düngemittel, Silagen, biologische Wirtschaftsgüter oder Abfallprodukte zu lagern.
- (2) Erlaubt bleiben
  1. die forstwirtschaftliche Nutzung nach dem Hessischen Waldgesetz insbesondere mit dem Ziel des Schutzes des Waldes als Lebensgemeinschaft von Tieren und Pflanzen sowie wegen seiner Wirkung für den Klimaschutz,
  2. die extensive Bewirtschaftung von Ackerland und von Dauergrünland einschließlich dessen Beweidung sowie die Anwendung von Düngemitteln,
  3. das Sammeln von Beeren und Pilzen und das Pflücken von Blumen in geringer Menge für den eigenen Bedarf unter Beachtung artenschutzrechtlicher Vorschriften,
  4. die Jagd nach Maßgabe der in § 6 Abs. 3 Nr. 2 bis 5 genannten Bestimmungen sowie der Einsatz von Jagdhunden,
  5. öffentliche Veranstaltungen zur Brauchtumspflege und der Erinnerungskultur,
  6. Maßnahmen von Forschungseinrichtungen,
  7. die Nutzung und Erhaltung bestehender touristischer Infrastruktur und
  8. die Schaffung neuer touristischer Infrastruktur im Einvernehmen mit der Oberen Naturschutzbehörde.
- (3) Die Maßnahmen und die Veranstaltungen nach Abs. 2 Nr. 5 und Nr. 6 sind der Oberen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat im Voraus anzuzeigen.
- (4) Die §§ 33 und 34 Bundesnaturschutzgesetz bleiben unberührt.

Gemäß § 8 werden die Schutzbestimmungen der Zone III wie folgt festgehalten:

- (1) Im Geltungsbereich der Zone III gelten die in § 5 Abs. 1 und 2 genannten Verbote.
- (2) Erlaubt bleiben
  1. die land- und forstwirtschaftliche, jagdliche und fischereiliche Nutzung nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis, insbesondere nach § 5 Abs. 2 bis 4 des Bundesnaturschutzgesetzes,



2. die Lagerung von Düngemitteln, Silagen, biologischer Wirtschaftsgüter oder von Abfallprodukten,
  3. die Anwendung von Düngemitteln,
  4. das Sammeln von Beeren und Pilzen sowie das Pflücken von Blumen in geringer Menge für den eigenen Bedarf unter Beachtung artenschutzrechtlicher Vorschriften,
  5. öffentliche Veranstaltungen zur Brauchtumpflege und der Erinnerungskultur,
  6. Nutzung der bestehenden touristischen Infrastruktur,
  7. die Errichtung, Erneuerung oder wesentliche Änderung von Photovoltaikanlagen,
  8. Maßnahmen zum Erhalt und zur Schaffung von touristischer Infrastruktur,
  9. Maßnahmen von Forschungseinrichtungen und
  10. Baden, Lagern, Campen mit Zelten, Wohnmobilen oder -wägen, Klettern und Wasserfahrzeuge nutzen sofern dies im Rahmen privater Freizeitgestaltung durch den Eigentümer oder Nutzungsberechtigten und mit Rücksicht auf die Schutzzwecke stattfindet,
  11. Vorhaben im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Baugesetzbuches vom 3. November 2017 (BGBl. I. S. 3634), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1726) im Benehmen mit der oberen Naturschutzbehörde.
- (3) Die Maßnahmen und Veranstaltungen nach Abs. 2 Nr. 5, 7, 8 und 9 sind der Oberen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat im Voraus anzuzeigen.

Gemäß § 9 werden die allgemeinen Ausnahmen wie folgt festgehalten:

- (1) Von den Schutzbestimmungen der §§ 5 bis 8 sind ausgenommen:
1. unaufschiebbare Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, zur Abwehr von Gefahren für Leib und Leben von Menschen oder Tieren oder für erhebliche Sachwerte und zur Strafverfolgung,
  2. Befugnisse nach § 30 Luftverkehrsgesetz vom 10. Mai 2007 (BGBl. I. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436), die Nutzung der zum Militärstraßengrundnetz gehörenden Straßen sowie sonstige Nutzungen der Bundeswehr, der Polizei, der Bundespolizei, der Feuerwehr und anderer Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben oder des Verteidigungsauftrages,
  3. Nutzungen von zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehenden planungsrechtlichen Zulassungen, behördlich erteilten Genehmigungen, Erlaubnissen, Gestattungen, Berechtigungen und Bewilligungen einschließlich der dafür erforderlichen Unterhaltungs-, Verkehrssicherungs-, Instandsetzungs- oder Erneuerungsmaßnahmen,
  4. Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. EG Nr. L 206 S. 7) sowie der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. EG Nr. L 20 S. 7),

5. Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. EG Nr. L 327 S. 1),
  6. Maßnahmen des Hochwasserschutzes und Maßnahmen der zuständigen Wasserbehörde oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht sowie unterhaltungsarbeiten an Gewässern,
  7. die Ausübung der fischereiwirtschaftlichen oder angelfischereilichen Nutzung und Pflege der Gewässer auf der Grundlage bestehender gesetzlicher Regelungen,
  8. Maßnahmen und Handlungen der Oberen Naturschutzbehörde oder deren Beauftragten zur Erfüllung der Schutzziele, insbesondere nach dem in § 11 geregelten Pflege-, Entwicklungs- und Informationsplan,
  9. Maßnahmen zur sachgemäßen Erhaltung und bestimmungsgemäßen Nutzung der in der gemäß § 2 Abs. 4 zu erlassenden Rechtsverordnung erfassten Einrichtungen.
- (2) Die Maßnahmen nach Abs. 1 Nr. 1 sind der Oberen Naturschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen. Von der Anzeigepflicht ausgenommen sind Flüge im Such- und Rettungseinsatz, das Befahren mit Einsatzfahrzeugen sowie das Betreten durch Einsatz- und Rettungskräfte.
- (3) Von den Verboten der §§ 5 bis 8 werden über die Ausnahmen nach Abs. 1 hinaus der Betrieb, die Errichtung, Erneuerung oder Änderung von Anlagen der Eisenbahn, einschließlich Bahnstromfernleitungen, von Straßen und Radwegen, einschließlich ihrer Bestandteile, von Hoch- und Höchstspannungsleitungen und anderen Versorgungsleitungen, von kommunalen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, von Telekommunikationseinrichtungen sowie von Windenergieanlagen ausgenommen, sofern hierfür das Benehmen mit der Oberen Naturschutzbehörde hergestellt worden ist. Das Benehmen gilt als hergestellt, wenn es nicht binnen eines Monats nach Eingang des Ersuchens bei der Oberen Naturschutzbehörde verweigert wird.
- (4) Von den Verboten der §§ 5 bis 8 werden über die Ausnahmen nach Abs. 1 und 3 hinaus der Rohstoffabbau einschließlich seiner vorbereitenden, begleitenden und nachfolgenden Tätigkeiten ausgenommen, sofern hierfür das Benehmen mit der Oberen Naturschutzbehörde hergestellt worden ist. Das Benehmen gilt als hergestellt, wenn es nicht binnen eines Monats nach Eingang des Ersuchens bei der Oberen Naturschutzbehörde verweigert wird.
- (5) Wurde für die Aufstellung eines Bebauungsplans bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 Baugesetzbuch gefasst, bleibt das weitere Planaufstellungsverfahren von diesem Gesetz unberührt. Wird ein Bebauungsplan, dessen Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 Baugesetzbuch vor Inkrafttreten dieses Gesetzes gefasst wurde, nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen, findet § 9 Abs. 1 im Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechende Anwendung.
- (6) Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile gemäß § 34 Baugesetzbuch finden die Schutzbestimmungen der §§ 5 bis 8 keine Anwendung.
- (7) Die §§ 33 und 34 des Bundesnaturschutzgesetzes bleiben unberührt.

### 3.3.2.1 Konfliktbeschreibung

Gequert wird das „Grüne Band Hessen“ bei km 16+400 – 16+800 (Zone II), km 17+800 – 17+900 (Zone III), km 18+400-18+600 (Zone III), km 20+100-21+100 (Zone III), km 22+000-22+400 (Zone II), km 55+900 – 57+000 (Zone III), km 59+800-60+400 (überwiegend Zone III) sowie km 65+700-65+800 (Zone II).

Grundsätzlich sind die § 5 (2) beschriebenen allgemeinen Schutzbestimmungen nicht berührt.

So löst das Vorhaben keinen nach § 5 genannten Verbotstatbestand aus. Ferner kommt es zu keiner dauerhaften Veränderung von Gewässern. Auch wird der Grundwasserstand nicht dauerhaft verändert oder Zu- und Ablauf des Wassers verändert (gemäß § 5 (2) Nr. 2).

Zudem wurde im gesamten Querungsbereich der Trasse mit dem „Grünen Band Hessen“ darauf geachtet, Wälder und Hecken sowie Gewässer geschlossen zu queren. Überwiegend sind nur ackerbaulich genutzte Bereiche im Schutzgebiet betroffen.

In den einzelnen Schutzzonen sind die detaillierten Verbote im Hinblick auf Schutzzonen bezogene Ziele als auch der allgemeine Schutzzweck nach § 3 bzw. die Verbote nach § 5 (1) und (2) des Gesetzes beschrieben. Nachfolgend ist für einzelne Trassenabschnitte nochmals dargestellt, ob die Trasse die Ziele beeinflusst.

Betroffen ist das Schutzgebiet zwischen km 16+400 – 16+800 (Zone II). In diesem Trassenabschnitt ist lediglich die Errichtung einer Einleitung von gehobenem Bauwasser in die Werra vorgesehen. Dieses Einleitungsrohr wird auf Vlies über eine Offenlandfläche geführt, die nicht verändert wird. Weder ein schutzwürdiger Teilbestandteil von Natur und Landschaft wird zerstört (§ 5 (1) des Gesetzes) noch ein Gewässer (§ 5 (2) des Gesetzes) der allgemeinen Verbote berührt. Verbotstatbestände im Sinne von § 5 (1) und (2) in Verbindung mit § 8 des Gesetzes werden nicht ausgelöst. Zum Schutz wildlebender Tiere- und Pflanzenarten wurden Maßnahmen getroffen, um die § 5 (1) beschriebenen Verbote nicht auszulösen:

Maßnahme VAR7.1, VAR/FFH 7.3 „Bauzeitenregelung“ zur Vermeidung von Störungen durch die Bautätigkeit (Bauzeitenregelung zum Schutz von Offenland- und Röhrichtbrütern innerhalb des Baufeldes; Bauzeitregelung zum Schutz von störungssensiblen Brutvögeln außerhalb des Baufeldes; Vgl. Teil I, Anh02)



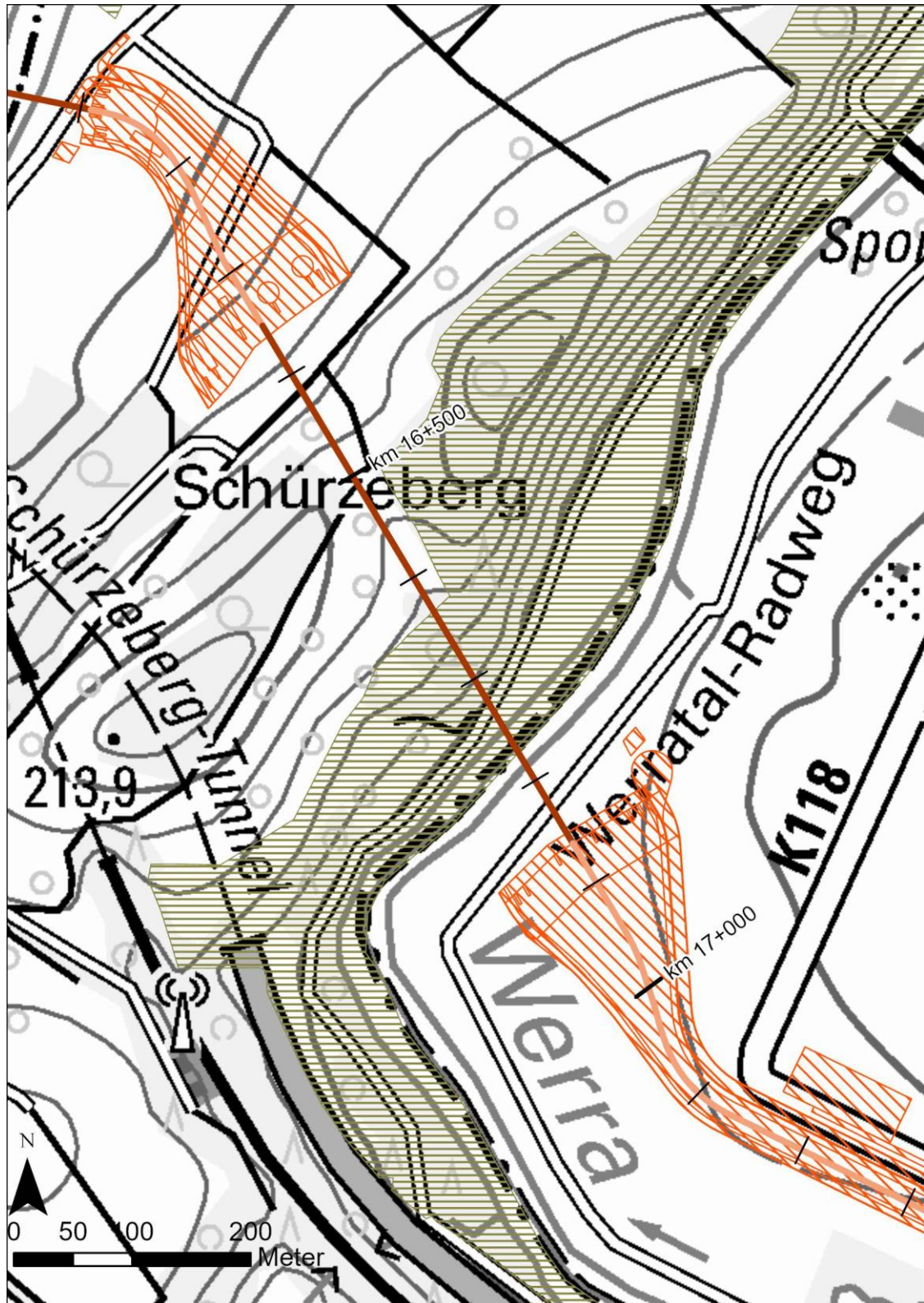


Abbildung 7: Lage der Trasse bei Bau-km 16+800 im „Grünen Band Hessen“ (gelb schraffiert) - Einleitstellen

Im nachfolgenden Bereich bei km 17+900 sind lediglich ackerbaulich genutzte Flächen durch den Bauzustand der Trasse temporär bzw. dauerhaft durch eine kleinräumige Linkbox (max. 20m<sup>2</sup> je Box) betroffen. Weder ein schutzwürdiger Teilbestandteil von Natur und Landschaft wird zerstört (§ 5 (1) des Gesetzes) noch ein Gewässer

(§ 5 (2) des Gesetzes) der allgemeinen Verbote berührt. Verbotstatbestände im Sinne von § 5 (1) und (2) in Verbindung mit § 8 des Gesetzes werden nicht ausgelöst. Zum Schutz wildlebender Tiere- und Pflanzenarten wurden Maßnahmen getroffen, um die § 5 (1) beschriebenen Verbote nicht auszulösen:

Maßnahmen VAR7.1, „Bauzeitenregelung“ zur Vermeidung von Störungen durch die Bautätigkeit (Bauzeitenregelung zum Schutz von Offenland- und Röhrichtbrütern innerhalb des Baufeldes; Vgl. Teil I, Anh02).

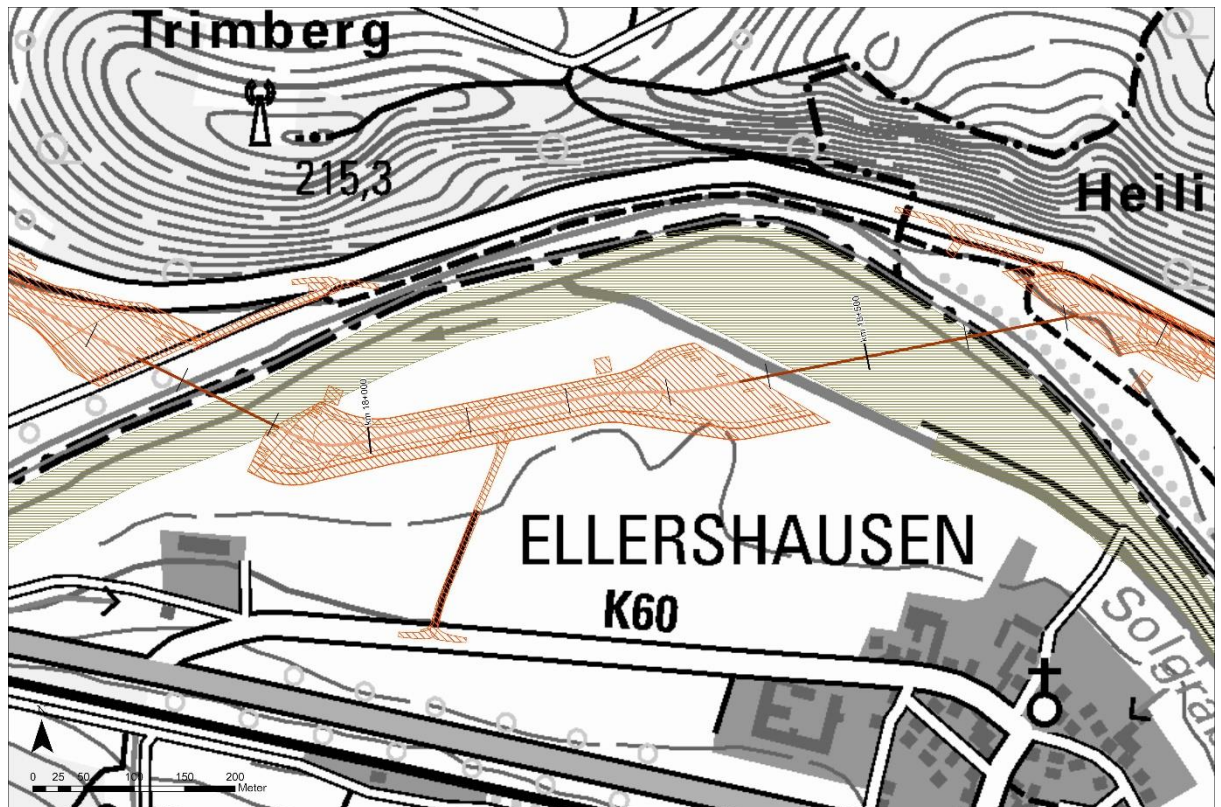


Abbildung 8: Lage der Trasse bei Bau-km 17+700 im Grünen Band Hessen (gelb schraffiert) - Linkbox, Bauzustand

Bei km 20+100 - 21+100 (Zone III) sind in diesem Bereich lediglich ackerbaulich genutzte Flächen durch den Bauzustand der Trasse temporär bzw. dauerhaft durch eine kleinräumige Linkbox (max. 20m<sup>2</sup> je Box) betroffen. Weder ein schutzwürdiger Teilbestandteil von Natur und Landschaft wird zerstört (§ 5 (1) des Gesetzes) noch ein Gewässer (§ 5 (2) des Gesetzes) der allgemeinen Verbote berührt. Verbotstatbestände im Sinne von § 5 (1) und (2) in Verbindung mit § 8 des Gesetzes werden nicht ausgelöst. Zum Schutz wildlebender Tiere- und Pflanzenarten wurden Maßnahmen getroffen, um die § 5 (1) beschriebenen Verbote nicht auszulösen:

Maßnahme VAR13, V22 zur Vermeidung der Beeinträchtigung von Reptilien (durch Verletzung/Tötung von Reptilien und Verlust/Beeinträchtigung von ihren Habitaten durch Flächeninanspruchnahme im Schutzstreifen, auf Arbeitsstreifen/-flächen und Zuwegungen und Bautätigkeit, Fallen- und Barriere-/Zerschneidungswirkungen). Nähere Ausführungen sind den Maßnahmenblättern (Teil I, Anh02) zu entnehmen.

Maßnahmen VAR7.1 „Bauzeitenregelung“ zur Vermeidung von Störungen durch die Bautätigkeit (Bauzeitenregelung zum Schutz von Offenland- und Röhrichtbrütern innerhalb des Baufeldes; Vgl. Teil I, Anh02).



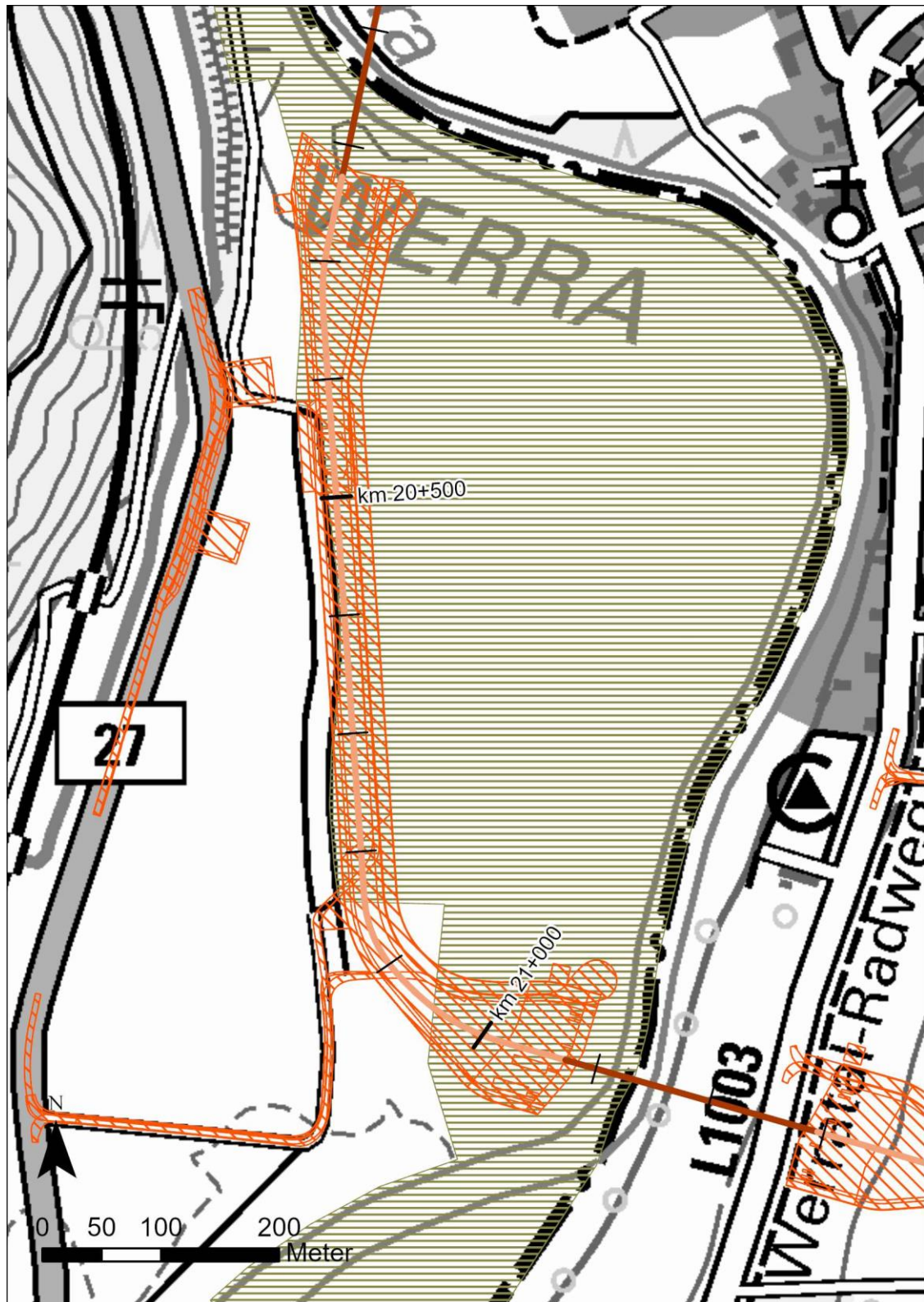


Abbildung 9: Lage der Trasse bei Bau-km 20+300 – 21+000 im Grünen Band Hessen (gelb schraffiert) - Linkbox, Bauzustand

Bei km 22+000-22+400 (Zone II) sind lediglich ackerbaulich genutzte Flächen durch den Bauzustand der Trasse temporär bzw. dauerhaft durch eine kleinräumige Linkbox

(max. 20m<sup>2</sup> je Box) betroffen. Zudem werden die schutzwürdigen Bereiche wie Wälder und Streuobstwiesen geschlossen gequert. Weder ein schutzwürdiger Teilbestandteil von Natur und Landschaft wird zerstört (§ 5 (1) des Gesetzes) noch ein Gewässer (§ 5 (2) des Gesetzes) der allgemeinen Verbote berührt. Verbotstatbestände im Sinne von § 5 (1) und (2) in Verbindung mit § 8 des Gesetzes werden nicht ausgelöst. Zum Schutz wildlebender Tiere- und Pflanzenarten wurden Maßnahmen getroffen, um die § 5 (1) beschriebenen Verbote nicht auszulösen:

Maßnahmen VAR7.1 „Bauzeitenregelung“ zur Vermeidung von Störungen durch die Bautätigkeit (Bauzeitenregelung zum Schutz von Offenland- und Röhrichtbrütern innerhalb des Baufeldes; Vgl. Teil I, Anh02).

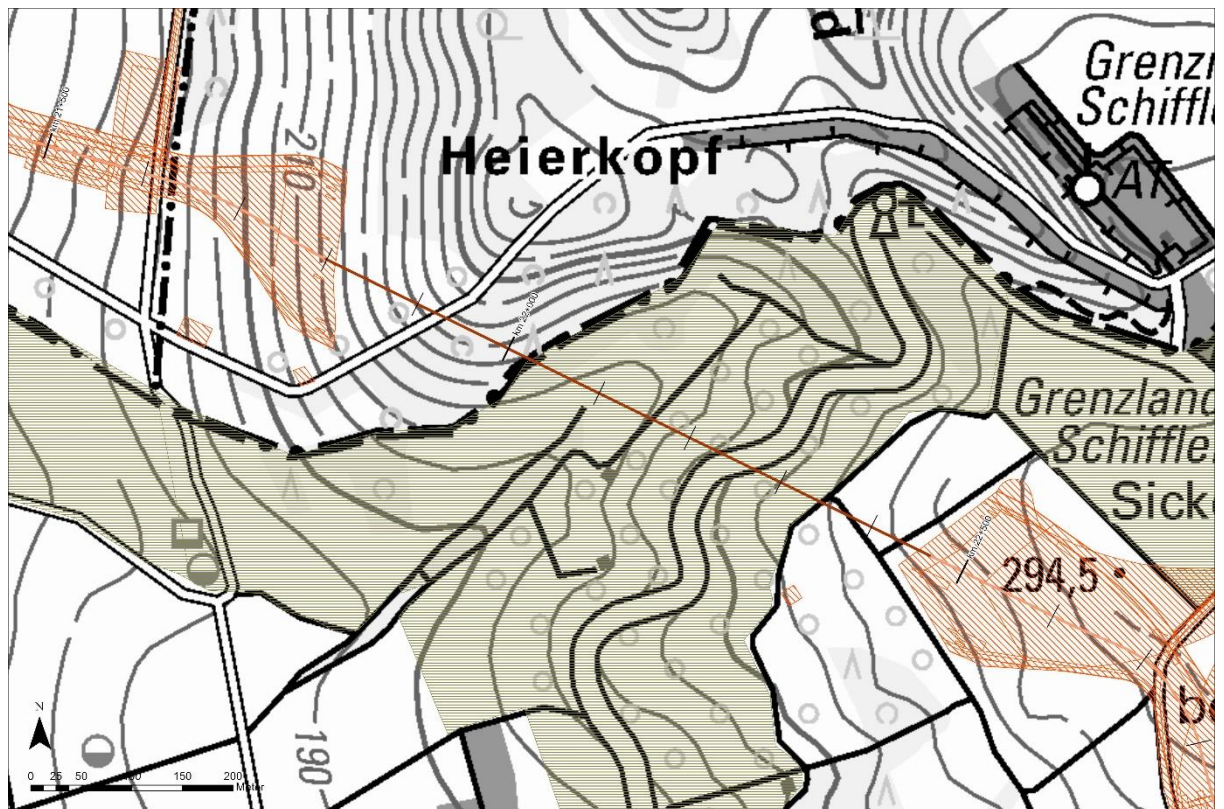


Abbildung 10: Lage der Trasse bei Bau-km 21+800 – 22+500 im Grünen Band Hessen (gelb schraffiert) - geschlossene Querung im Bauzustand

Im Bereich von km 55+900 – 57+000 (Zone III), sind bei km 56+150 Gebüsche, Hecken und Säume (400 m<sup>2</sup>) und bei km 55+970 eine Baumgruppe, einheimischer Arten (250 m<sup>2</sup>) i. S. von § 5 (1) des Gesetzes betroffen. Darüber hinaus sind lediglich ackerbaulich genutzte Bereiche betroffen bzw. werden Gehölzstrukturen geschlossen gequert.

Für betroffene Flächen erfolgt eine Wiederherstellung des aktuellen Zustandes. Verbleibt ein Kompensationsbedarf, wird dieser durch entsprechende Maßnahmen im Rahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Teil I, Tab. 22; Teil I, Anhang 01) ausgeglichen/ersetzt. Zum Schutz wildlebender Tiere- und Pflanzenarten wurden folgende Maßnahmen getroffen, um die § 5 (1) beschriebenen Verbote nicht auszulösen:

Maßnahme VAR13, V22 zur Vermeidung der Beeinträchtigung von Reptilien (durch Verletzung/Tötung von Reptilien und Verlust/Beeinträchtigung von ihren Habitaten

durch Flächeninanspruchnahme im Schutzstreifen, auf Arbeitsstreifen/-flächen und Zuwegungen und Bautätigkeit, Fallen- und Barriere-/Zerschneidungswirkungen). Nähere Ausführungen sind den Maßnahmenblättern (Teil I, Anh02) zu entnehmen.

Maßnahmen VAR7.1, VAR7.2 „Bauzeitenregelung“ zur Vermeidung von Störungen durch die Bautätigkeit (Bauzeitenregelung zum Schutz von Offenland- und Röhrichtbrütern sowie Gehölzfreibrütern, -höhlenbrütern und Bodenbrütern in Gehölzen/Säumen innerhalb des Baufeldes; Vgl. Teil I, Anh02).



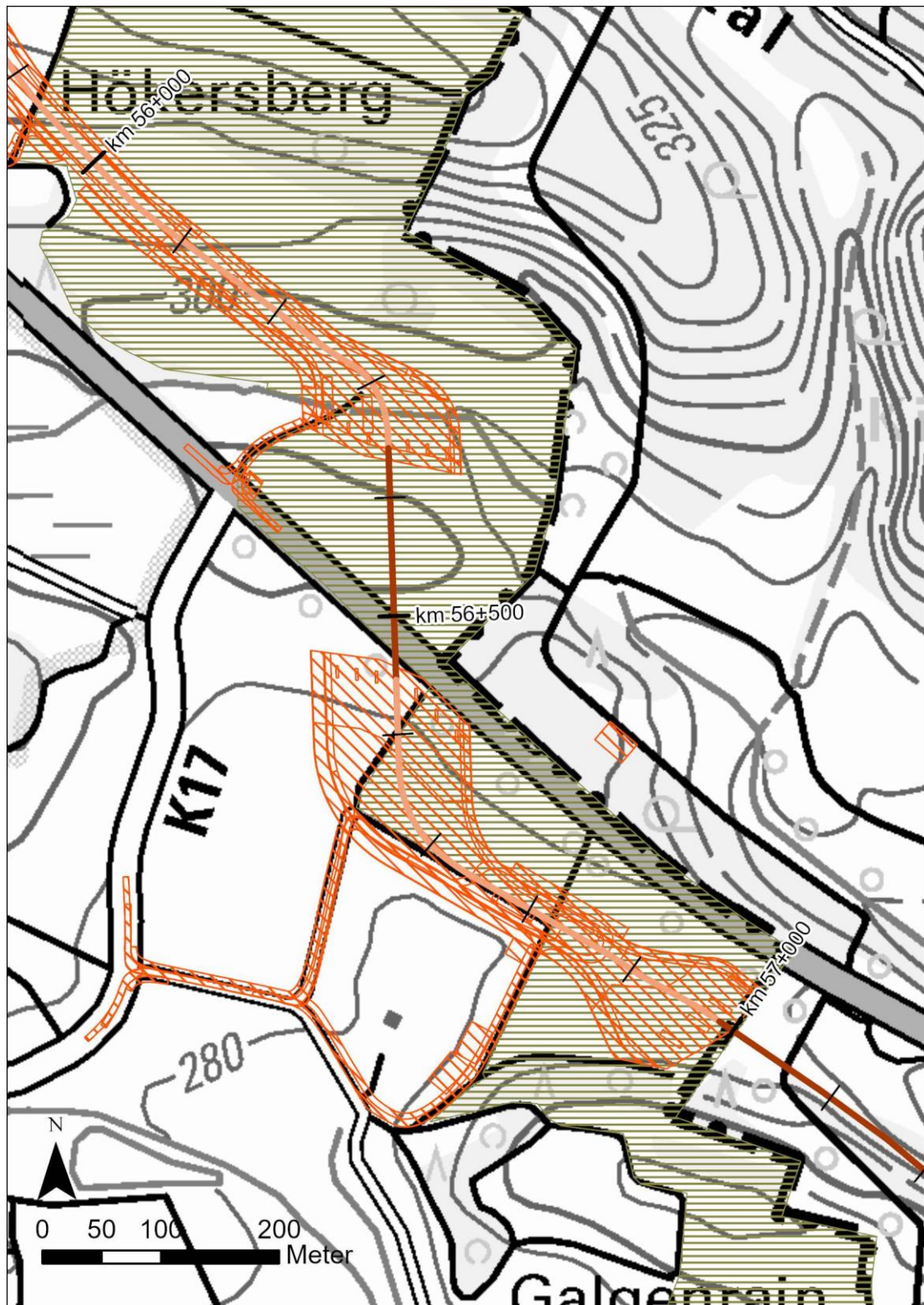


Abbildung 11: Lage der Trasse bei Bau-km 56+150 – 57+000 Betroffenheit Einzelgehölz im Grünen Band Hessen (gelb schraffiert)

Im Trassenabschnitt von km 59+800 - 60+400 (überwiegend Zone III) sind nur ackerbaulich genutzte Flächen temporär berührt. Zum Schutz wildlebender Tiere- und Pflanzenarten wurden folgende Maßnahmen getroffen, um die § 5 (1) beschriebenen Verbote nicht auszulösen:

Maßnahmen VAR7.1 „Bauzeitenregelung“ zur Vermeidung von Störungen durch die Bautätigkeit (Bauzeitenregelung zum Schutz von Offenland- und Röhrichtbrütern innerhalb des Baufeldes; Vgl. Teil I, Anh02).

Der Trassenabschnitt bei km 65+700 - 65+800 (Zone II) ist vom Vorhaben nicht betroffen.

### 3.3.2.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

In § 9 des Gesetzes sind Ausnahmen von den Schutzbestimmungen der §§ 5 bis 8 beschrieben. Die betrifft u. a. den Betrieb, die Errichtung von Hoch- und Höchstspannungsleitungen und anderen Versorgungsleitungen, sofern das Benehmen mit der Höheren Naturschutzbehörde hergestellt worden ist. Eine Befreiung muss daher nicht beantragt werden.

### 3.3.2.3 Fazit

Das Vorhaben quert überwiegend landwirtschaftliche Flächen; wertvolle Bereiche wie Streuobstwiesen und Wälder werden geschlossen gequert. Für betroffene Flächen erfolgt eine Wiederherstellung des aktuellen Zustandes. Verbleibt ein Kompensationsbedarf, wird dieser durch entsprechende Maßnahmen im Rahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Teil I) ausgeglichen/ersetzt. Durch die getroffenen Maßnahmen zur Vermeidung von Tötungen und Störungen von Tierlebensräumen werden Verbotstatbestände im Sinne von § 5 (1) und (2) in Verbindung mit § 8 des Gesetzes nicht ausgelöst.

## 3.4 Naturparke

Wenngleich im Untersuchungsraum sich zwei Naturparke befinden ist nur der „Naturpark „Eichsfeld-Hainich-Werratal“ relevant, da die Schutzgebietsverordnung für den Naturpark „Meißner-Kaufunger Wald“ aufgehoben wurde.

### 3.4.1 Naturpark „Eichsfeld-Hainich-Werratal“

Der Naturpark „Eichsfeld-Hainich-Werratal“ (17050003) liegt innerhalb des Untersuchungsraums zwischen km 7+490 und km 14+680. Nach § 3 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung vom 07.12.2011 ist es der Zweck der Ausweisung des Gebiets als Naturpark, die Teilräume entsprechend ihrem Naturschutzwert und ihrer Erholungseignung unter Beachtung der Ziele und Berücksichtigung der Grundsätze der Raumordnung im Zusammenwirken mit der Bevölkerung zu schützen, zu entwickeln und zu erschließen. Dabei wird ein konfliktarmes Miteinander aller in der Region vorhandenen Nutzungsinteressen im Sinne einer abgestimmten, nachhaltigen Entwicklung angestrebt, welche die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse gleichermaßen berücksichtigt.

Im Naturpark sollen gemäß § 3 Abs. 2 der Schutzgebietsverordnung deshalb mit dem Ziel

#### 1. des Schutzes und der Entwicklung von Natur und Landschaft

- a. die durch traditionelle Nutzungsformen entstandenen Landschaften des Gebiets mit ihrer naturraumtypischen Arten- und Lebensraumvielfalt auch als eine Grundlage für den Tourismus und das Naturerleben erhalten, gepflegt und entwickelt sowie natürliche Entwicklungen in ausgewählten Bereichen zugelassen,

- b. die naturnahen Wälder, Magerrasen und Gewässer mit ihren Schutzfunktionen als Lebensraum der heimischen Tier- und Pflanzenarten sowie als Erholungsgebiete erhalten und gefördert,
- c. einheimische Arten, insbesondere Gehölze regionaler Herkunft, in ihrer genetischen Vielfalt erhalten und gefördert,
- d. die großen unzerschnittenen, störungsarmen sowie wenig beeinträchtigten Gebiete erhalten,
- e. vorhandene Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbilds so weit wie möglich behoben,
- f. geologische und geomorphologische Besonderheiten des Gebiets erhalten und gepflegt sowie
- g. das „Grüne Band“ als Teil eines europäischen Biotopverbundsystems erhalten und entwickelt werden [...].

Im Naturpark ist folgendes gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung verboten:

1. Bodenschätze oder Bodenbestandteile oberirdisch abzubauen oder Abgebautes oberirdisch abzulagern.

Ausgenommen von den Verboten des § 4 sind:

1. der Abbau und die Ablagerung von Bodenschätzen oder Bodenbestandteilen in Gebieten, in denen durch den Regionalen Raumordnungsplan (Teil B/1. Fortschreibung Teil A) der Planungsregion Nordthüringen in der Verbindlichkeitserklärung vom 6. August 1999 (StAnz. Nr. 40 S. 2153) und den Regionalplan (Z 4-6) der Planungsregion Südwestthüringen in der Verbindlichkeitserklärung vom 9. Mai 2011 (StAnz. Nr. 19 S. 693) jeweils in der jeweils geltenden Fassung der Rohstoffsicherung und -gewinnung als Ziel der Raumordnung ein Vorrang eingeräumt wurde,
2. die Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen im Rahmen bereits erteilter Gewinnungsberechtigungen.

Folgende Befreiungen gelten gemäß § 6 der Schutzgebietsverordnung:

(1) Für die Befreiung von den Verboten nach § 4 gilt § 67 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Soweit für ein Vorhaben eine Befreiung nach dieser Verordnung und gleichzeitig eine Befreiung oder Genehmigung aufgrund einer anderen naturschutzrechtlichen Vorschrift über Natur- oder Landschaftsschutzgebiete oder des Thüringer Gesetzes über den Nationalpark Hainich vom 19. Dezember 1997 (GVBl. S. 564) in der jeweils geltenden Fassung erforderlich ist, gilt die aufgrund der anderen naturschutzrechtlichen Vorschrift erteilte Befreiung oder Genehmigung auch als Befreiung nach dieser Verordnung. Dies gilt auch für eine Befreiung oder Genehmigung aufgrund solcher naturschutzrechtlichen Vorschriften über Natur- und Landschaftsschutzgebiete, die erst nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung erlassen werden.

#### 3.4.1.1 Konfliktbeschreibung

Gegen die Verbote nach § 4 der Schutzgebietsverordnung wird vorhabensimmanent nicht verstoßen. Daher kann eine weitere Betrachtung unterbleiben.

#### 3.4.1.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Kein Zielkonflikt mit Verboten der Schutzgebietsverordnung nach § 4.

#### 3.4.1.3 Fazit

Gegen die Verbote der Schutzgebietsverordnung wird nicht verstoßen.

## **4 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope**

### **4.1 Rechtliche Grundlagen**

Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort genannten oder weiterer landesrechtlich geschützter Biotope führen können, verboten.

Von diesem Verbot kann gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG auf Antrag eine Ausnahme zugelassen werden, wenn die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können.

Außerdem kann gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG im Einzelfall auf Antrag eine Befreiung von diesem Verbot gewährt werden, wenn

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist

und die Befreiungssituation einen so nicht vorgesehenen und deshalb singulären Einzelfall erfasst, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

In folgenden Fällen muss unvermeidbar in gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG (§ 25 HeNatG) eingegriffen werden; dies umfasst 14 Einzelstandorte in Hessen und folgende Biotoptypen (Code gem. Kartierschlüssel Hessen):

- 02.310 Ufer- und Sumpfgewächse auf feuchten bis nassen Standorten
- 03.111 Streuobstbestand mäßig intensiv bewirtschaftet
- 03.130 Streuobstbestand extensiv bewirtschaftet
- 05.410 Schilf- und Bachröhrichte
- 06.113 Feucht- und Nasswiesen
- 06.115 Flutrasen
- 06.310 Extensiv genutzte Flachland-Mähwiesen
- 06.420 Magerrasen basenreicher Standorte

In Thüringen sind keine nach § 30 BNatSchG sowie nach § 15 ThürNatG geschützten Biotope vom Vorhaben betroffen.

Eine kartografische Darstellung ist Anlage 03.1a „Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt – Biotope, Pflanzen und trassennahe Fauna“ des UVP-Berichtes (Teil F) zu entnehmen.

### **4.2 Geschütztes Biotop (Ufer- und Sumpfgewächse auf feuchten bis nassen Standorten) - 02.310**

#### **4.2.1 Konfliktbeschreibung**

Kleinflächig geht dieses Biotop mit einem Flächenumfang von 5 m<sup>2</sup> bei km 33+650 - 33+680 temporär im Bereich des Schutzstreifen verloren.



Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG (Hessische Naturschutzgesetz führt in § 25 weitere auf) sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort aufgeführten geschützten Biotope führen können, verboten.

#### 4.2.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Nach Bauende erfolgt die Wiederherstellung der Strukturen. Aufgrund der hohen Regenerationsdauer erfolgt zudem ein Ersatz (Maßnahme E26, vgl. Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“).

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und damit die Befreiungsvoraussetzung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG gegeben ist.

#### 4.2.3 Fazit

Da es sich um ein nach § 30 BNatSchG geschütztes Biotop handelt, ist eine Ausnahmeregelung/Befreiung erforderlich. Für die temporäre Inanspruchnahme der Ufer- und Sumpfgebüsche auf feuchten bis nassen Standorten liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG sowie § 30 (3) BNatSchG vor.

### 4.3 Geschütztes Biotop (Streuobstbestand mäßig intensiv bewirtschaftet) - 03.111

#### 4.3.1 Konfliktbeschreibung

Kleinflächig geht dieses Biotop mit einem Flächenumfang von

- 97 m<sup>2</sup> (Ausbau Logistikrouten) bei km 61+750 – 61+760
- 206 m<sup>2</sup> (Ausbau Logistikrouten) bei km 64+610 – 64+700

temporär verloren.

Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG (Hessische Naturschutzgesetz führt in § 25 HeNatG weitere auf) sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort aufgeführten geschützten Biotope führen können, verboten.

#### 4.3.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Nach Bauende erfolgt die Wiederherstellung der Strukturen an diesem Standort. Zusätzliche Maßnahmen sind nicht erforderlich.

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und damit die Befreiungsvoraussetzung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG gegeben ist.

#### 4.3.3 Fazit

Da es sich um ein nach § 30 BNatSchG geschütztes Biotop handelt, ist eine Ausnahmeregelung/Befreiung erforderlich. Für die temporäre Inanspruchnahme des Streuobstbestandes mäßig intensiv bewirtschaftet liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG sowie § 30 (3) BNatSchG in Verbindung mit § 25 (4) HeNatG vor.

### 4.4 Geschütztes Biotop (Streuobstbestand extensiv bewirtschaftet) - 03.130

#### 4.4.1 Konfliktbeschreibung

Dieses Biotop geht mit einem Flächenumfang von

- 377 m<sup>2</sup> (temporäre Inanspruchnahme für Arbeitsflächen) bei km 8+710 – 8+750
- 56 m<sup>2</sup> (temporäre Inanspruchnahme für Ausbau Logistikrouten) bei km 15+430 - 15+500
- 1.155 m<sup>2</sup> (temporäre Inanspruchnahme für Arbeitsflächen) bei km 22+600 – 22+710
- 28 m<sup>2</sup> (temporäre Inanspruchnahme für Ausbau Logistikrouten) bei km 64+400 – 64+500

verloren.

Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG (Hessische Naturschutzgesetz führt in § 25 HeNatG weitere auf) sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort aufgeführten geschützten Biotope führen können, verboten.

#### 4.4.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Nach Bauende erfolgt die Wiederherstellung der Strukturen an diesen Standorten. Aufgrund der hohen Regenerationsdauer erfolgt zudem ein Ersatz (Maßnahme E26, vgl. Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“).

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und damit die Befreiungsvoraussetzung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG gegeben ist.

#### 4.4.3 Fazit

Da es sich um ein nach § 30 BNatSchG geschütztes Biotop handelt, ist eine Ausnahmeregelung/Befreiung erforderlich. Für die temporäre Inanspruchnahme des Streuobstbestandes extensiv bewirtschaftet liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG sowie § 30 (3) BNatSchG in Verbindung mit § 25 (4) HeNatG vor.

### 4.5 Geschütztes Biotop (Schilf- und Bachröhrichte) – 05.410

#### 4.5.1 Konfliktbeschreibung

Dieses Biotop geht mit einem Flächenumfang von

- 434 m<sup>2</sup> bei Bau-km 50+140 - 50+300
- 97 m<sup>2</sup> bei Bau-km 50+460 - 50+480
- 192 m<sup>2</sup> bei Bau-km 62+710 - 62+740

durch temporäre Inanspruchnahme für Schutzstreifen und Arbeitsflächen, sowie für den Ausbau der Logistikrouten verloren.

Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG (Hessische Naturschutzgesetz führt in § 24 HeNatG weitere auf) sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort aufgeführten geschützten Biotope führen können, verboten.

#### 4.5.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Nach Bauende erfolgt die Wiederherstellung der Strukturen an diesem Standort. Zusätzliche Maßnahmen sind nicht erforderlich.

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und damit die Befreiungsvoraussetzung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG gegeben ist.

#### 4.5.3 Fazit

Da es sich um ein nach § 30 BNatSchG geschütztes Biotop handelt, ist eine Ausnahmeregelung/Befreiung erforderlich. Für die temporäre Inanspruchnahme der Schilf- und Bachröhrichte liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG sowie § 30 (3) BNatSchG vor.

### 4.6 Geschütztes Biotop (Feucht- und Nasswiesen) – 06.113

#### 4.6.1 Konfliktbeschreibung

Dieses Biotop geht mit einem Flächenumfang von

- 236 m<sup>2</sup> bei km 48+850 - 48+890

durch temporäre Inanspruchnahme im Bereich der Logistikrouten verloren.

Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG (Hessische Naturschutzgesetz führt in § 24 HeNatG weitere auf) sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort aufgeführten geschützten Biotope führen können, verboten.

#### 4.6.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Nach Bauende erfolgt die Wiederherstellung der Strukturen an diesen Standorten. Zusätzliche Maßnahmen sind nicht erforderlich.

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und damit die Befreiungsvoraussetzung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG gegeben ist.

#### 4.6.3 Fazit

Da es sich um ein nach § 30 BNatSchG geschütztes Biotop handelt, ist eine Ausnahmeregelung/Befreiung erforderlich. Für die temporäre Inanspruchnahme Feucht- und Nasswiesen liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG sowie § 30 (3) BNatSchG vor.

### 4.7 Geschütztes Biotop (Flutrasen) – 06.115

#### 4.7.1 Konfliktbeschreibung

Dieses Biotop geht mit einem Flächenumfang von

- 187 m<sup>2</sup> bei Bau-km 20+360 - 20+450

durch temporäre Inanspruchnahme für Arbeitsflächen/ Abspulstandort verloren.

Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG (Hessische Naturschutzgesetz führt in § 25 HeNatG weitere auf) sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort aufgeführten geschützten Biotope führen können, verboten.

#### 4.7.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Nach Bauende erfolgt die Wiederherstellung der Strukturen an diesem Standort. Zusätzliche Maßnahmen sind nicht erforderlich.

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und damit die Befreiungsvoraussetzung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG gegeben ist.

#### 4.7.3 Fazit

Da es sich um ein nach § 30 BNatSchG geschütztes Biotop handelt, ist eine Ausnahmeregelung/Befreiung erforderlich. Für die temporäre Inanspruchnahme von Flutrasen liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG sowie § 30 (3) BNatSchG vor.

### 4.8 Geschütztes Biotop (Extensiv genutzte Flachland-Mähwiesen) – 06.310

#### 4.8.1 Konfliktbeschreibung

Dieses Biotop geht mit einem Flächenumfang von

- 8.120 m<sup>2</sup> bei Bau-km 48+850 - 48+840
- 400 m<sup>2</sup> bei Bau-km 46+800 (Wendeschleife bei Zuwegung Datterode)

durch temporäre Inanspruchnahme für Schutzstreifen, Arbeitsflächen sowie den Ausbau der Logistikrouten verloren.

Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG (Hessische Naturschutzgesetz führt in § 25 HeNatG weitere auf) sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort aufgeführten geschützten Biotope führen können, verboten.

#### 4.8.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Nach Bauende erfolgt die Wiederherstellung der Strukturen an diesem diesen Standorten. Durch Maßnahme V20 wird im Bereich von km 46+800 zudem sichergestellt, dass max. 400 m<sup>2</sup> temporär beansprucht werden. Zusätzliche Maßnahmen sind nicht erforderlich.

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und damit die Befreiungsvoraussetzung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG gegeben ist.

#### 4.8.3 Fazit

Da es sich um ein nach § 30 BNatSchG geschütztes Biotop handelt, ist eine Ausnahmeregelung/Befreiung erforderlich. Für die temporäre Inanspruchnahme der Extensiv genutzten Flachland-Mähwiesen liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG sowie § 30 (3) BNatSchG in Verbindung mit § 25 (4) HeNatG vor.

### 4.9 Geschütztes Biotop (Magerrasen basenreicher Standorte) – 06.420

#### 4.9.1 Konfliktbeschreibung

Dieses Biotop geht mit einem Flächenumfang von

- 114 m<sup>2</sup> bei km 61+770 - 61+800

durch temporäre Inanspruchnahme für den Ausbau der Logistikrouten verloren.

Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG (Hessische Naturschutzgesetz führt in § 24 HeNatG weitere auf) sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort aufgeführten geschützten Biotope führen können, verboten.

#### 4.9.2 Darlegung der Gründe für eine Ausnahme

Nach Bauende erfolgt die Wiederherstellung der Strukturen an diesem Standort. Der Aufgrund der hohen Regenerationsdauer erfolgt zudem ein Ersatz (Maßnahme E39, vgl. Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“).

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und damit die Befreiungsvoraussetzung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG gegeben ist.

#### 4.9.3 Fazit

Da es sich um ein nach § 30 BNatSchG geschütztes Biotop handelt, ist eine Ausnahmeregelung/Befreiung erforderlich. Für die temporäre Inanspruchnahme der Magerrasen basenreicher Standorte liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG sowie § 30 (3) BNatSchG vor.



#### 4.10 Zusammenfassung

Tabelle 1: Zusammenfassung der erforderlichen Ausnahmen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope

Bio-toptyp-Code	Bau-km	Biotoptyp	Unvermeidbarer Eingriff erfolgt durch	Fläche [m²]	Maßnahme*	Ausgleich und Ersatz.	Ausnahme
02.310	33+650 - 33+680	Ufer- und Sumpfgebüsche auf feuchten bis nassen Standorten	Temporäre Inanspruchnahme für Schutzstreifen	5	Wiederherstellung (V22.1)	Ausgleich über Werra-Renaturierung. 1m² Flächenaufschlag (Timmelag)	Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
03.111	64+610 - 64+700	Streuobstbestand mäßig intensiv bewirtschaftet	Temporäre Inanspruchnahme für Ausbau Logistikrouten	206	Wiederherstellung (V22.1)		Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
03.111	61+750 - 61+760	Streuobstbestand mäßig intensiv bewirtschaftet	Temporäre Inanspruchnahme für Ausbau Logistik	97	Wiederherstellung (V22.1)		Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
03.130	8+710 – 8+750	Streuobstbestand extensiv bewirtschaftet	Temporäre Inanspruchnahme für Arbeitsflächen	377	Wiederherstellung (V22.1)		Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
03.130	15+430 – 15+500	Streuobstbestand extensiv bewirtschaftet	Temporäre Inanspruchnahme für Ausbau Logistikrouten	56	Wiederherstellung (V22.1)	Ausgleich über sonstige Gehölzpflanzung (E26). 14 m² Flächenaufschlag (Timmelag)	Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG

Bio- toptyp- Code	Bau-km	Biotoptyp	Unver- meidba- rer Ein- griff er- folgt durch	Flä- che [m²]	Maß- nahme*	Ausgleich und Er- satz.	Ausnahme
03.130	22+600 - 22+710	Streuobstbe- stand exten- siv bewirt- schaftet	Tempo- räre Inan- spruch- nahme für Arbeitsflä- chen	1155	Wiederher- stellung (V22.1)	Ausgleich über sons- tige Ge- hölzpflan- zung (E26). 289 m² Flä- chenauf- schlag (Ti- melag)	Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
03.130	64+400 - 64+500		Tempo- räre Inan- spruch- nahme für Ausbau Logistik- routen	28	Wiederher- stellung (V22.1)	Ausgleich über sons- tige Ge- hölzpflan- zung (E26). 7 m² Flä- chenauf- schlag (Ti- melag)	Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
05.410	62+710 - 62+740	Schilf- und Bachröh- richte	Tempo- räre Inan- spruch- nahme für Schutz- streifen und Ar- beitsflä- chen	192	Wiederher- stellung (V22.2)		Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
05.410	50+140 - 50+300	Schilf- und Bachröh- richte	Temporäre Inanspruch- nahme für Schutzstrei- fen, Arbeits- flächen und Ausbau Lo- gistikrouten	434			Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
05.410	50+460 - 50+480	Schilf- und Bachröh- richte	Temporäre Inanspruch- nahme für Arbeitsflä- chen und Ausbau Lo- gistikrouten	97			Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG

Bio-toptyp-Code	Bau-km	Biotoptyp	Unvermeidbarer Eingriff erfolgt durch	Fläche [m²]	Maßnahme*	Ausgleich und Ersatz.	Ausnahme
06.113	48+850 - 48+890	Feucht- und Nasswiesen	Temporäre Inanspruchnahme für Ausbau Logistikrouten	236	Wiederherstellung (V22.2)		Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
06.115	20+360 - 20+450	Flutrasen	Temporäre Inanspruchnahme für Arbeitsflächen und Ausbau Logistikrouten	187	Wiederherstellung (V22.2)		Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
06.310	48+500 - 48+840	Extensiv genutzte Flachland-Mähwiesen	Temporäre Inanspruchnahme für Schutzstreifen, Arbeitsflächen und Ausbau Logistikrouten	8120	Wiederherstellung (V22.2)		Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
06.310	46+800	Extensiv genutzte Flachland-Mähwiesen	Temporäre Inanspruchnahme für Schutzstreifen, Arbeitsflächen und Ausbau Logistikrouten	400	Wiederherstellung (V22.2)		Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG
06.420	61+770 - 61+800	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme für Ausbau	114	Wiederherstellung (V22.2)	Entwicklung von hochwertigem Grünland (E39.	Ausnahme gem. § 30 Abs. 3 BNatSchG

Bio- toptyp- Code	Bau-km	Biotoptyp	Unver- meidba- rer Ein- griff er- folgt durch	Flä- che [m²]	Maß- nahme*	Ausgleich und Er- satz.	Ausnahme
			Logistik- routen			28 m² Flä- chenauf- schlag (Ti- melag)	



## 5 Ausnahmegenehmigungen vom Verbot des § 61 Abs. 1 BNatSchG

### 5.1 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 61 Abs. 1 BNatSchG dürfen im Außenbereich an Bundeswasserstraßen und Gewässern erster Ordnung sowie an stehenden Gewässern mit einer Größe von mehr als 1 Hektar im Abstand bis 50 Meter von der Uferlinie keine baulichen Anlagen errichtet oder wesentlich geändert werden.

Gemäß § 61 Abs. 3 kann von dem Verbot des Abs. 1 auf Antrag eine Ausnahme zugelassen werden, wenn

1. die durch die bauliche Anlage entstehenden Beeinträchtigungen des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes, insbesondere im Hinblick auf die Funktion der Gewässer und ihrer Uferzonen, geringfügig sind oder dies durch entsprechende Maßnahmen sichergestellt werden kann oder
2. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher, notwendig ist; in diesem Fall gilt § 15 entsprechend.

### 5.2 Bundeswasserstraße Werra

#### 5.2.1 Konfliktbeschreibung

Im Planungsabschnitt km 9+970 – 29+100 ist die Werra in Hessen eine Bundeswasserstraße nach § 1 Abs. 1 i. V. m. Anlage 1 Nr. 66 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) und damit nach § 2 Nr. 1 Hessisches Wassergesetz (HWG) ein Gewässer erster Ordnung.

Somit greift der Verbotstatbestand nach § 61 Abs. 1 BNatSchG, dass im Abstand bis 50 Meter von der Uferlinie keine baulichen Anlagen errichtet oder wesentlich geändert werden dürfen. Der Suedlink zählt als bauliche Anlage und befindet sich zum Teil innerhalb des vom Verbot belegten Bereiches. Der Umfang der jeweiligen Betroffenheit des 50 m Uferstreifens kann den Darstellungen in Teil K07 – Strom- und schiffahrtspolizeiliche Genehmigungen, Anlage 01 und 02 entnommen werden.

#### 5.2.2 Darlegung der Ausnahmevoraussetzung

Mit der Aufnahme in das BBPIG sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinschaftlichen (PCI) wurden für das Vorhaben Nr. 4 und Nr. 4 zudem die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, sodass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen des überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die Ausnahmevoraussetzungen gemäß § 61 Abs. 3 Satz 2 BNatSchG liegen daher vor.

#### 5.2.3 Fazit

Für die Errichtung der SuedLink-Trasse als bauliche Anlage innerhalb der 50 m breiten Uferzone der Werra liegen die Ausnahmevoraussetzungen gemäß § 61 Abs. 3 BNatSchG vor.

## 6 Literatur- und Quellenverzeichnis

[**BBPlG**] Bundesbedarfsplangesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 133) geändert worden ist.

[**BNatSchG**] Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist.

[**FFH-RL**] Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie 92/43/EWG vom 21.5.1992, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/17/EU vom 13.5.2013.

[**HeGBG**] Gesetz über das Nationale Naturmonument „Grünes Band Hessen“ vom 26. Januar 2023.

[**HeNatG**] Hessisches Gesetz zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft (Hessisches Naturschutzgesetz) vom 25. Mai 2023.

[**HWG**] [Hessisches Wassergesetz vom 14.12.2010, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28.06.2023 \(GVBl. S. 473, 475\).](#)

**Landschaftsschutzgebietsverordnung** für das LSG-Gebiet GÖ 00009 „Leinebergland“, Stand 12/2004.

**Landschaftsschutzgebietsverordnung** für das LSG-Gebiet „Werratal zwischen Blickershausen und Wendershausen“ (2636024), Stand: 07/1964.

**Landschaftsschutzgebietsverordnung** für das LSG „Auenverbund Werra“ (2636002). Stand: 12/1988.

**Landschaftsschutzgebietsverordnung** für das LSG „Werratal zwischen Oberrieden und Wendershausen und Ludwigstein mit Hintergelände“ (2636031), Stand: 09/1938.

[**ThürGBG**] Thüringer Gesetz über das Nationale Naturmonument „Grünes Band Thüringen“ (Thüringer Grünes-Band-Gesetz -ThürGBG) vom 11. Dezember 2018.

[**ThürNatG**] Thüringer Gesetz zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes und zur weiteren landesrechtlichen Regelung des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Thüringer Naturschutzgesetz) vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323)

[**WaStrG**] [Bundeswasserstraßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2007 \(BGBl. I S. 962; 2008 I S. 1980\), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 \(BGBl. 2023 I Nr. 409\) geändert worden ist.](#)